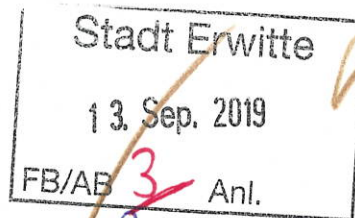


Bürgerinitiative gegen den Bau der B 55 n
westl. von Stirpe und Weckinghausen (e. V.)

59597 Erwitte-Stirpe, den 09.09.2019

Stadt Erwitte
Am Markt 13

59597 Erwitte



1. Vorsitzender:
Georg Knoop
Benninghauser Str. 10
59597 Erwitte-Stirpe
T.: 0049 - 2943/6153
GeorgKnoop@t-online.de

Stellv. Vorsitzende:
Martin Reimann
Am Bergacker 2
59557 Erwitte-Weckinghausen

Einwendung zur öffentlichen Bekanntmachung der Stadt Erwitte, Amtsblatt Nr. 9 vom 9. August 2019, zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Wohnbauflächenkonzept Erwitte-Bad Westernkotten

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Anlass der vorgenannten „Öffentlichen Bekanntmachung“ geben wir als Bürgerinitiative nachfolgende **Stellungnahme mit Bedenken, Einwendungen und Anregungen** ab.

Vorbemerkungen:

Die beabsichtigte 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erwitte stellt eine reine Verhinderungsplanung zur Ortsumgehung Erwitte dar. Die Ausweisung neuer Baugebiete ist nicht erforderlich, da hinreichend Baugrundstücke nach Plan A und Plan B des gültigen FNP zur Verfügung stehen. Selbst der Rat der Stadt Erwitte wurde mit diesem Konzept ausgehebelt, der in der entscheidenden Sitzung für die Innenentwicklung den Vorrang vor einer Außenentwicklung einforderte.

Die Ostumgehung als Verbindung zwischen B 1n (Südumgehung Erwitte) und der bestehenden B 55 im Norden von Erwitte befindet sich im vordringlichen Bedarf des BVWP 2030 und soll durch diese Baugebiete mit Verlegung eines Schweinemastbetriebes und einer weiterhin beabsichtigten Renaturierungsmaßnahme des Erwitter Mühlenbaches verhindert werden.

Diese Maßnahme soll die Trassenführung der ehemaligen Westumgehung ermöglichen, die aus dem BVWP 2030 ersatzlos gestrichen wurde, die 50 Mill. teurer ist, durch ein

Vogelschutzgebiet führt und nicht nur den Gebietsschutz verletzt, sondern auch das Artenschutzgesetz, die FFH-RL (Art. 6 Abs. 4) und das BNatschG (§34 Abs. 2) aushebelt.

Diese Trasse ist 7,4 statt 2,5 km lang und wurde aufgrund der Alternativenprüfung im Jahr 2011/2013 dann im Jahr 2016 aus dem BVWP gestrichen. Planungsrechtlich ist diese Trasse aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr durchsetzbar, u. a. besteht durch die Streichung im BVWP 2030 nicht mehr das gesetzlich erforderliche Planungsrecht nach § 1 Fernstraßenausbaugesetz. Zudem trifft der vom Bürgermeister ausgerufene Slogan: „Baurecht bricht Planungsrecht“, aufgrund gesicherter Rechtslage nicht zu.

Sollten andere, derzeit in der Untersuchung befindliche alternative Planungskorridore aus anderen Gründen ausscheiden, führt dieses bei Umsetzung ggf. zu einer Nulllösung für Erwitte.

Ein Klageverfahren würde neben dem zeitlichen Ablauf der FNP-Änderung einen weiteren Zeitraum von ca. 3 Jahren beanspruchen, der sich in der Wechselwirkung auch auf das Straßenbauvorhaben auswirken wird.

Weiterhin ist festzustellen, dass sowohl in der öffentlichen Bekanntmachung als auch in der Begründung zur 13. Änderung des FNP Erwitte nicht alle wichtigen umweltrelevanten Informationen enthalten sind, die für die Bürger, Umweltverbände, Behörden und Träger öffentlicher Belange zur Gesamtbeurteilung des Planungsvorhabens von Bedeutung sind. Für die Beurteilung und Abwägung fehlen entscheidungserhebliche Sachverhalte, Datengrundlagen und Umweltinformationen. Die wirkliche Zielrichtung des Planungsvorhabens wird verschleiert. Es muss aber klar erkennbar sein, welche Zielrichtung das Planungsvorhaben hat. Ziel ist die Verhinderungsplanung zur Ostumgehung. Diese Zielvorstellung fehlt in den Unterlagen bzw. sie wird bewusst verschwiegen. Bauleitpläne sind nur dann aufzustellen, wenn dieses für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich sind (§ 1 Abs. 3 BauGB). Die Erforderlichkeit ist hier nicht gegeben.

Nähere Begründung:

Die Stadt beabsichtigt, an der Westernkötter Straße drei Grundstücke in den Größen von 2,75 ha, 4,8 ha und 4,8 ha in Wohnbauflächen zu ändern. Das sind zusammen 12,35 ha.

Nach Darstellung der Stadt besteht dringender Handlungsbedarf, weil die Stadt ihren Mitbürgern keine Baugrundstücke mehr anbieten kann. Die Darstellung ist falsch. Nach Auswertung des gültigen FNP v. 3.4.2009 mit Auswertungsstand vom 8.1.2019 verfügt die Stadt Erwitte über folgende ausgewiesene Reserveflächen für Baugebiete nach Plan A und Plan B und zwar für

- Bad Westernkotten	2,2 ha
- Stadt Erwitte	19,6 ha
- Dörfer	12,3 ha
- unbenannte Reserveflächen in Völlinghausen u. Schmerlecke	4,1 ha
Reserveflächen gesamt:	38,2 ha

Aus diesen Reserveflächen muss die Stadt Erwitte noch 4,54 ha für das Baugebiet Schledde zurücknehmen. Siehe hierzu amtliche Bekanntmachung vom 6.6.2016. Neue Baugebiete sind nicht beliebig ausweisbar, d. h. es ist eine flächensparende Siedlungsentwicklung erforderlich.

Ein neuer Bauleitplan muss für die städtebauliche Entwicklung erforderlich sein (§1 Abs. 3 BauGB). Dabei sind die Belange des Umweltschutzes, einschließlich der Natur- und Landschaftspflege sowie deren Wechselwirkungen untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen. Das ist hier nicht der Fall. Es werden aber nicht einmal die bereits im gültigen FNP dargestellten Flächen für Wohnbebauung berücksichtigt. Darüber hinaus wurden Teile des städtischen Randgebietes bei der Betrachtung für langfristige Entwicklungszeiträume offensichtlich ausgeklammert.

Neue Bauflächen im gültigen FNP sind grundsätzlich nur gegen Streichung bisher vorgesehener Siedlungsflächen möglich. Die im Konzept als Tauschfläche für die Landwirtschaft dargestellte Fläche am Brockmeiers Weg steht als Tauschfläche nicht zur Verfügung, denn diese ist bereits als Rücknahmefläche für das Baugebiet Schledde vorgesehen. Diese, durch Ratsbeschluss erfolgte Selbstverpflichtung wurde aber bisher nicht vollzogen. Doppelt vollziehen geht nicht. Die Unterlagen sind diesbezüglich fehlerhaft.

Der Rat hat am 4.4.2019 zwar das Wohnbauflächenkonzept nach kontroverser Diskussion beschlossen, gleichzeitig sollte aber die Lücken- und Randbebauung innerhalb der städtischen Wohnlage forciert werden. Die Ratsmitglieder waren sich dabei der vorhandenen Reserveflächen bewusst. Dieser, der Abstimmung zugeführte Kompromissvorschlag, wird mit dem vorliegendem Konzept allerdings nicht umgesetzt. Auch weitere ergänzende Planungen dazu liegen bisher nicht vor. Selbst der Rat wird mit diesem Konzept ausgehebelt.

In der Bauleitplanung gilt u. a. der Grundsatz, dass das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln ist. Städtebauliche Entwicklung soll vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen (§ 1 Abs. 5 BauGB).

Der Rat hat bereits am 5.2.2019 mit Folgesitzungen beschlossen, ein bis dahin bestehendes Waldgrundstück zu roden und diese Fläche in Wohnflächen umzuwandeln. Hierzu soll der Bebauungsplan Bad Westernkotten Nr. 44 „An der alten Kläranlage“ aufgestellt werden, und zwar in Flur 2, Flurstück 480, geplante Bauflächengröße 2900 qm. Der Sachverhalt betrifft ebenfalls die angestrebten neuen Siedlungsflächen. Auch hier muss eine Anpassung an den FNP und an die erforderliche Wohnflächenberechnung erfolgen. Der Sachverhalt wird allerdings nicht mit einbezogen (Anlage: 2 Presseartikel).

Der Darstellung, es sei kein Änderungsverfahren für den Regionalplan erforderlich, wird widersprochen. Die Änderungsabsichten liegen deutlich über 10 ha. Damit ist eine Änderung des Regionalplans erforderlich. Die Bauleitplanung ist den Zielen der Raumordnung anzupassen (§ 1 Abs. 4 BauGB), denn diese können nicht durch eigene Abwägung der Kommune überwunden werden.

Das Ergebnis der Anfrage der Stadt Erwitte an die Bezirksregierung Arnsberg (BR AR) wird in Frage gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Erwitte ihr wirkliches Ziel – die Verhinderung der Ostumgehung - und die damit möglichen negativen Auswirkungen auf die Umwelt, Natur und Landschaft nicht dargelegt hat. Die Stellungnahme der BR AR wurde übrigens nicht einmal den Ratsmitgliedern zur Einsicht vorgelegt, sondern nur im Rahmen der Sitzung zur Kenntnisnahme verlesen. Ob die BR AR bei Kenntnis der Gesamtumstände bei ihrer Bewertung bleiben wird, scheint uns zweifelhaft.

Das Verfahren dient eben nicht vorrangig dazu, bauwilligen Mitbürgern Grundstücke anzubieten, die im Übrigen noch hinreichend vorhanden sind. Es dient vielmehr dazu, die Straßenplanung der Umgehungsstraßen maßgeblich zu beeinflussen und die vom Bürgermeister der Stadt Erwitte gewünschte Trassenführung durch das Vogelschutzgebiet Hellwegbörde zu erzwingen. Mit diesem Vorgang soll die Ostumgehung Erwitte, geplanter Anschluss der B 1n an die bestehende B 55 n, für die im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) der „vordringliche Bedarf“ festgestellt wurde, verhindert werden. Im Zuge der derzeit stattfindenden Alternativenprüfung soll die Planung wieder auf die bisherige Verfahrenstrasse (Westumgehung) durch das Vogelschutzgebiet Hellwegbörde gelenkt werden, die allerdings aus dem BVWP 2030 gestrichen wurde. Mit der Bauleitplanung sollen unter Bezug auf Art. 28 GG (Selbstverwaltungsrecht der Kommunen) Fakten geschaffen werden nach dem Motto: Baurecht bricht Planungsrecht. Als Beleg siehe hierzu die beigefügten 15 Presseartikel mit hinreichenden politischen Darstellungen zum Grund der Planung (Anlage 2). In der Ratssitzung am 4.4.2019 hat der Bürgermeister dieses nochmals mit dem Hinweis bekräftigt, dass er den Tipp, „Baurecht schlägt Planungsrecht“, in dem gemeinsamen Gespräch mit den drei örtlichen Landtagsabgeordneten vom Verkehrsministerium bekam.

Es handelt sich bei diesem Vorgang um eine reine Verhinderungsplanung, die als solche rechtlich unzulässig ist. Ziel der Planungsvorlage zum Wohnbauflächenkonzept ist es, die Ostumgehung der Stadt Erwitte zu verhindern und die ehemalige Planfeststellungstrasse der Westumgehung B 55 n wieder in das neue Planfeststellungsverfahren zur B 1 n in die Planung zu bringen. MdL Christof Rasche hat die politische Zielrichtung in der Ratssitzung auf den Punkt gebracht, indem er sinngemäß von den Ratsmitgliedern im Rahmen der Abstimmungsdiskussion forderte: „Wer nicht für das Baugebiet ist, ist gegen die Westumgehung“.

Mit dem Planungsvorhaben zum „Wohnbauflächenkonzept“ soll das Straßenbauvorhaben in das Vogelschutzgebiet Hellwegbörde gelenkt werden, indem die derzeit laufende Alternativenprüfung zu möglichen Trassenkorridoren maßgeblich beeinflusst wird. Naturschutzrechtlich besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen beiden Planungen, denn die Verhinderungsplanung zur Ostumgehung soll die Vorgaben der FFH-Richtlinie und die des gesetzlich vorgegebenen Artenschutzes nach dem Bundesnaturschutzgesetz aushebeln. Das führt in der Folge möglicherweise zu einem nicht erforderlichen Eingriff in die Natur und Umwelt, den wir hiermit aus folgenden Gründen rügen:

- Durch die ehemalige Verfahrenstrasse (wenn auch modifiziert) käme es zu einem erheblichen Eingriff in das FFH-Gebiet „Mannighofer Bach, Gieseler und Muckenbruch“, welches zugleich in das „Vogelschutzgebiet Hellwegbörde“ integriert ist. Darüber hinaus würde das VSG Hellwegbörde im weiteren Bereich mit erheblichen Beeinträchtigungen direkt in Anspruch genommen. Dieses ist bereits hinreichend belegt durch die Gutachten ILS Essen (2011/2012) im Gutachten zur FFH-Verträglichkeitsprüfung zum „FFH-Gebiet DE 4315-302 Mannighofer Bach sowie Gieseler und Muckenbruch“. Danach sind in der „Ollen Wiese“ die Lebensräume folgender Vogelarten nach Art. 4 der Vogelschutzrichtlinie (VS-RL) betroffen: Eisvogel, Rohrweihe, Wiesenweihe und Wasserralle.
- Weiterhin kommen laut Gutachten zur Verträglichkeitsprüfung des VSG Hellwegbörde in der Hellwegbörde selbst 38 Vogelarten nach Anhang 1 der VS-RL vor, davon sind 21 in dem zu untersuchendem Gebiet nachgewiesen. Zu den besonderen Schutzziele des VSG Hellwegbörde gehört die Erhaltung und Förderung der Bestände der Wiesenweihe, Rohrweihe, Kornweihe und Wachtelkönig. Die Schutz- und Erhaltungsziele des VSG Hellwegbörde werden verletzt. Die Beeinträchtigung des Wachtelkönigs wäre nicht ausgeschlossen, das gleiche gilt für den Schwarzmilan, den Rotmilan, die Wasserralle und den Kiebitz.
- Die für die Ausweisung des VSG maßgeblichen Schutzziele würden verletzt. Im Gutachten zum VSG Hellwegbörde sind die Arten nach Anhang I der VS-RL benannt, für die erhebliche Beeinträchtigungen bau-, anlagen- und betriebsbedingt prognostiziert werden, und zwar: Rohrweihe, Wiesenweihe, Wachtelkönig, Schwarzmilan, Rotmilan, Wespenbussard, Baumfalke und Kiebitz. 32 Vogelarten gem. Standard-Datenbogen wurden als betroffen ermittelt, für 9 Arten konnte eine erhebliche Beeinträchtigung nicht ausgeschlossen werden.
- Im Planungsgebiet kommen laut Gutachten ILS Essen im „Gutachten zur vergleichenden Artenschutzprüfung“ zumindest 62 Arten vor, für die eine Betroffenheit von den Planungen nicht ausgeschlossen werden konnten. Dazu gehörten: 13 Fledermausarten, 30 Brutvogelarten, 11 Rastvogel und Wintergäste, zzgl. zweier Arten (Feldlerche und Kiebitz), die auch als Brutvögel vorkommen. 3 weitere Nahrungsgäste (Weißstorch, Wiesenweihe und Schwarzstorch) sowie 3 Amphibienarten. Die Gutachter stellen hierzu u. a. fest:
„...Das Planungsvorhaben B 55 n mit der Trassierung im Vogelschutzgebiet (VSG) Hellwegbörde würde zu einer direkten Flächeninanspruchnahme von 13 ha und weiteren 53,5 ha mittelbar betroffener Fläche führen. Der Flächenverlust im Nahrungs- und Bruthabitat wäre erheblich, besonders geschützte Vogelarten, u. a. Wiesenweihe, Rohrweihe, Wachtelkönig, würden erheblich beeinträchtigt.“

Die hier zitierten Gutachten wurden inzwischen im derzeit laufenden Verfahren überarbeitet und durch eine aktuelle Datenbasis erneuert.

Das Planungsziel des „Wohnbauflächenkonzeptes“ ist eine reine Verhinderungsplanung zur Ostumgehung. Diese soll den rechtlich nicht zulässigen Eingriff möglich machen, wobei die Wertigkeit des Vogelschutzgebietes von der Stadt Erwitte anerkannt und in Kurzform unter Ziff. 4 ihres Wohnbauflächenkonzeptes beschrieben und mit „herausragender Bedeutung“ skizziert und bewertet wird.

Die Stadt Erwitte hat bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1, Abs. 6, Nr. 7, BauGB zu beachten. Nach Buchstabe „i“ der vorgenannten Vorschrift sind auch die Wechselwirkungen zu beachten. Hier soll es durch die Wechselwirkung verschiedener Planungen im kausalen Zusammenhang nunmehr zu einem doppelten Eingriff in die Natur und Landschaft kommen; zum einen das nicht erforderliche Baugebiet im Osten und zum anderen die Straßenführung der Umgehungsstraße im Westen mit deutlich höherer Eingriffsintensität, als dieses im Osten der Fall wäre. Die Alternativenprüfung 2010 bis 2013 hatte ergeben, dass die Trassen im Osten der Stadt Erwitte die Trasse mit den geringsten Beeinträchtigungen für die Fauna und die Verfahrenstrasse im Westen die schlechteste der zum damaligen Zeitpunkt geprüften Varianten ist. Diese führt zudem zu einem erheblichen Eingriff in ein FFH-Gebiet und zu einem erheblichen Eingriff in das VSG Hellwegbörde. Das Erhaltungsziel und der Schutzzweck eines „Natura 2000-Gebietes“ im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes wäre betroffen, wenn auch nicht unmittelbar, so jedoch in der Wechselwirkung.

Ein Umweltbericht hinsichtlich der Veränderungen, die sich bei Verwirklichung der Planung ergeben, wird hiermit eingefordert. Ebenso fehlt u. a. der eigentliche Planungsanlass, die Darstellung der Bestandssituation, Aussagen zu den Auswirkungen der Plandurchführung, die Beschreibung anderweitiger Planungsmöglichkeiten und eine Prognose über die nachteiligen Veränderungen, die sich aus diesem Konzept ergeben.

Der Ostkorridor ist im Rahmen der jetzigen Voruntersuchung neben anderen möglichen Korridor-Varianten aus umweltpolitischen Gründen gegenüber der Westtangente deutlicher Favorit, zumal die Osttrasse im BVWP 2030 im vordringlichen Bedarf ist und die Westtangente aus demselben gestrichen wurde. Für die bisherige Planfeststellungstrasse liegt damit ohnehin kein Planungsrecht mehr vor.

Die Stadt Erwitte kann das Vorhaben nur realisieren, wenn der „...vorhandene bestands-geschützte landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb ausgliedern würde“. Vorgespräche sind offensichtlich geführt, die Rahmenbedingungen sind hingegen völlig unklar und ungeregelt.

Der Landwirt will die Schweinemastplätze um 1124 auf 1198 erhöhen, d. h. er müsste neben dem Neubau die bisherigen 874 Schweinemastplätze verlagern. Bei einem Investitionsrichtwert von 600 Euro/Schweinemastplatz (Ifd. Kosten liegen zwischen 600.- u. 800.- Euro) entstehen Kosten für diese Verlagerung in Höhe von 524.400,- Euro.

Es ist nicht geregelt

- wohin der Betrieb ausgelagert werden soll,
- wer die Kosten übernimmt (öffentliche Hand),
- ob die Kosten auf die Käufer für das Bauerwartungsland umgewälzt werden sollen,
- das neue Baugenehmigungsverfahren für den Landwirt,
- ob es dazu ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren nach § 19 BImSchG gibt oder nicht,
- welches Prüfverfahren nach UVPG erforderlich ist,
- ob das Bauvorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB im Außenbereich auch gebaut werden darf.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass wesentliche Grundfragen ungeklärt sind (Anlage 3: 3 Presseartikel). Nicht nachzuvollziehen ist, wenn argumentativ an anderer Stelle Bauplatz- ausweisungen wegen der Nähe zu einem Vollerwerbsbetrieb nicht durchgeführt werden sollen, für das neue angedachte Baugebiet dieses dann aber vorrangig durchgeführt werden soll. Oder handelt es sich hier nur um eine sogenannte „Luftnummer“ und der Betrieb soll gar nicht umgesiedelt werden? Braucht die Stadt Erwitte nur den 13. Änderungsbeschluss zum gültigen FNP, um argumentieren zu können: „Baurecht bricht Planungsrecht“?

Die Stadt Erwitte geht von der Annahme aus „Baurecht bricht Planungsrecht“ und glaubt, dass mit einem rechtsgültigem Ratsbeschluss zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes unter Umsetzung des Wohnbauflächenkonzeptes ihre Planung Vorrang vor der Straßenplanung hat. Zu der Frage, ab wann eine Fernstraßenplanung soweit konkretisiert und verfestigt ist, dass die Gemeinde bei ihrer Bauleitplanung auf diese Straßenplanung Rücksicht nehmen muss, gibt es eine durch mehrere Urteile nachhaltig gefestigte Rechtsprechung. Dies kann nach der nachgenannten Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts bereits dann der Fall sein, wenn eine gesetzliche Bedarfsfeststellung für das Straßenbauvorhaben vorliegt. Nach dem geltenden Fernstraßenausbaugesetz ist die östliche Umgehung von Erwitte als vordringlicher Bedarf festgestellt. Daraus lässt sich unter Berücksichtigung der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts die Forderung ableiten, dass die kommunale Bauleitplanung (hier die Änderung des Flächennutzungsplanes) auf das geplante Straßenbauvorhaben (östliche Umgehung von Erwitte) Rücksicht nehmen muss und keine Festsetzungen treffen darf, die mit dieser Planung unverträglich sind.

Beschluss des 9. Senats vom 5. November 2002 – BVerwG 9 VR 14.02

Leitsätze:

1. Grundsätzlich hat diejenige Planung Rücksicht auf die konkurrierende Planung zu nehmen, die den zeitlichen Vorsprung hat (sog. Prioritätsgrundsatz). Voraussetzung ist dafür eine hinreichende Verfestigung der Planung, die einen Vorrang beansprucht.

Bezüglich eines Fachplanungsvorhabens markiert in der Regel erst die Auslegung der Planunterlagen den Zeitpunkt einer hinreichenden Verfestigung. Abweichendes gilt im Falle eines gestuften Planungsvorgangs mit verbindlichen Vorgaben, wie er bei der gesetzlichen Bedarfsfeststellung im

Fernstraßenausbaugesetz vorliegt. Je nach den Umständen des Einzelfalles kann hier schon vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens eine Verfestigung bestimmter fachplanerischer Ziele eintreten.

2. Auch unter Berufung auf ihre Planungshoheit kann eine Gemeinde eine umfassende objektiv-rechtliche Planprüfung nicht fordern.

So heißt es in dem Urteil u. a.:

... In der Rechtsprechung ist geklärt, dass eine kommunale Bauleitplanung auf hinreichend konkretisierte und verfestigte Planungsabsichten der konkurrierenden Fachplanung Rücksicht nehmen muss (vgl. zuletzt BVerwG, Beschluss vom 13. November 2001 – BVerwG 9 B 57.01 – UPR 2002, 75 m.w.N.). Der vierstreifige Ausbau der B 96, der Gegenstand der streitigen Planfeststellung geworden ist, entspricht den Vorgaben des Bedarfsplans für die Bundesstraßen (Sonderkarte Berlin der Anlage zu § 1 Abs. 1 des Fernstraßenausbaugesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 - BGBl I S. 1878-).

... darf umgekehrt auch die Gemeinde nicht versuchen, der Fachplanung, die eine hinreichende Verfestigung erfahren hat, unüberwindliche Hindernisse in den Weg zu legen.

... So muss die Gemeinde planerische Erschwernisse und planerischen Anpassungsbedarf für ihre Bauleitplanung wie auch mögliche Reduzierungen der als Wohnbauland geeigneten Fläche hinnehmen, wenn sie mit ihrer Planung auf eine schon vorher konkretisierte und verfestigte Fachplanung trifft. Dabei markiert bezüglich eines Fachplanungsvorhabens in der Regel erst die Auslegung der Planunterlagen den Zeitpunkt einer hinreichenden Verfestigung. Abweichendes gilt aber im Falle eines gestuften Planungsvorgangs mit verbindlichen Vorgaben, wie er bei der gesetzlichen Bedarfsfeststellung im Fernstraßenausbaugesetz vorliegt. Je nach den Umständen des Einzelfalles kann hier nämlich schon vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens eine Verfestigung bestimmter fachplanerischer Ziele eintreten.

Nach § 1 Abs. 2 Satz 2 FStrAbG ist die gesetzliche Bedarfsfeststellung für die nachfolgende straßenrechtliche Planfeststellung verbindlich.

... Die Antragstellerin konnte unter diesen Umständen nicht davon ausgehen, dass die Straßenbauverwaltung des Bundes den Bau einer Umgehungsstraße als eine sich aufdrängende Alternative ansehen würde. Wie von vornherein zu erwarten war, hat eine im Planfeststellungsverfahren nachträglich vollzogene Analyse die schwerwiegenden Nachteile der von der Antragstellerin vorgeschlagenen Alternativtrassen verdeutlicht (Ordner "Bewertung der von den Gemeinden und privaten Einwendern vorgeschlagenen Trassierungsvarianten"). Insoweit war es Sache der Antragstellerin, ihre Bauleitplanung an den städtebaulichen Gegebenheiten auszurichten, zu denen der Umstand zählt, dass eine weitere Entwicklung der Baugebiete in Richtung Osten durch die B 96 nicht unerheblich erschwert wird. Bei einer an die B 96 heranrückenden Bauleitplanung, die der Antragstellerin vorbehaltlich des § 50 BImSchG im Grundsatz nicht versagt ist, gehörte dazu eine planerische Zurückhaltung, die Kollisionen mit dem gesetzlich festgeschriebenen Ziel eines vierstreifigen Ausbaus dieser Bundesstraße vermeidet. Dass die Antragstellerin in ihren Planungsvorstellungen den insoweit vorgefundenen Anpassungsbedarf berücksichtigt hat, wird nicht durchgängig erkennbar. Denn die geplanten Baugebiete rücken beiderseits des fraglichen Streckenabschnitts so unmittelbar an die B 96 heran, dass von dem Außenbereich, in dem die Trasse bisher verläuft, nichts mehr übrig bleibt. Damit würde die Bauleitplanung, falls sie Vorrang beanspruchen könnte, unvermeidlich Zwangspunkte für die Straßenplanung erzeugen. Es ändert sich nämlich zum Nachteil des konkurrierenden Planungsträgers grundlegend der Gebietscharakter, in dem er sein Vorhaben eines vierstreifigen Ausbaus der B 96 zu verwirklichen hat.

... Die Bauleitplanung der Antragstellerin stellt somit keinen Belang dar, der die Fachplanung hinderte, ihrem kollidierenden Planungsziel im Wege der Abwägung grundsätzlich Vorrang einzuräumen.

Die Beurteilung der Rechtslage wird indes auch von der Bezirksregierung Arnsberg geteilt. Diese teilte uns bereits mit Schreiben vom 16.11.2017 (Az.: 31.06.11-005/2017-014) mit: „Die Planung der Bundesfernstraßen hat Vorrang vor der Orts- und Landesplanung. Sofern die Planung der Stadt die Planung der im Fernstraßenbedarfsplan als vordringlich eingestuften B1n/B 55n berührt, muss sie den Landesbetrieb Straßenbau NRW beteiligen. Dieser hat dann zu prüfen, ob die Planungen miteinander korrespondieren. Da die Bundesplanung Vorrang vor der Ortsplanung hat, würde letztere gegenstandslos bzw. nicht durchführbar.“

Mit den Grundstückseigentümern sind laut Darstellung erste Gespräche zur Verkaufsbereitschaft geführt worden. Verbindliche Regelungen werden nicht dargestellt.

Laut Darstellung der Stadt Erwitte unterliegt der Korridor keinen naturschutzrechtlichen Einschränkungen. Eine entsprechende Untersuchung hierzu fehlt.

Auch wird dieser Aussage widersprochen, denn nachweislich kommen hier neben den drei benannten Fledermausarten, dem Steinkauz und Kiebitz (die alle 5 dem besonderen Artenschutz unterliegen) folgende weitere Arten vor:

- Rastvogel: Wiesenpieper
- Brutvögel: Bachstelze, Bluthänfling, Feldlerche, Feldsperling, Goldammer, Rebhuhn, Turmfalke, Wiesenschafstelze

Laut Wohnbauflächenkonzept sind ca. 6 ha als Ausgleichsfläche erforderlich. Weder liegt eine genaue Berechnung vor noch wird der Ort der konkret geplanten Kompensationsflächen benannt. Gerade weil spätere Festsetzungen getroffen werden sollen, ist es fraglich, ob diese auch tatsächlich umgesetzt werden.

Nach Feststellungen der Bürgerinitiative wurden eine Vielzahl von Kompensationsmaßnahmen seitens der Stadt Erwitte innerhalb der letzten 20 Jahre nicht umgesetzt. Besonders auffällig ist die fehlende Umsetzung seit dem Amtsantritt von Bürgermeister Wessel. Zwar gibt es keine formelle Frist, in der Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt/umgesetzt werden müssen, allerdings hat dieses nach § 15 BNatSchG „...zeitnah...“ zu erfolgen. Die Gewähr bietet die Stadt Erwitte eben nicht. Wir haben die Kompensationsmaßnahmen der letzten 20 Jahre ausgewertet und umfangreiche negative Feststellungen getroffen. Wir verweisen hierzu beispielhaft auf den besonders gravierenden nachfolgenden Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Erwitte hatte in einer gemeinsamen Sitzung von „Planungs- und Gestaltungsausschuss“ sowie „Umwelt- und Verkehrsausschuss“ bereits am 5.9.2017 einstimmig beschlossen, den Titel Bebauungsplan Bad Westernkotten Nr. 35 in „Gewässerentwicklung und Renaturierung Erwitter Mühlenbach“ umzubenennen. Die Verwaltung wurde damit beauftragt, den bestehenden Bebauungsplanentwurf zu aktualisieren. Gleichzeitig sollen bereits festgelegte, aber noch nicht umgesetzte Ausgleichsflächen aus dem gesamten Bereich des Stadtgebietes Erwitte in den Geltungsbereich des Bebauungsplans Bad

Westernkotten Nr. 35 umgelegt werden. Weiter soll hierzu ein „Gewässerentwicklungskonzept und Renaturierung Erwitter Mühlenbach“ entwickelt und durchgeführt werden. Dazu erwartet die Stadt Erwitte Fördermittel von 80 % vom Land NRW und 10 % vom Wasserverband Obere Lippe. Mit diesem Planungsvorhaben will Bürgermeister Peter Wessel, so in seiner Einführungsansprache zur Ausschusssitzung Nr. 115/2017 für die in der Verbindung zwischen der geplanten und im vordringlichen Bedarf befindlichen B 1 n und der bestehenden B 55 (Ostumgehung der Stadt Erwitte) „... **einen Riegel vorschieben, der nicht zu überwinden ist**“ (Anlage: Pressebericht v. 7.9.2017).

Hier handelt es sich um einen rechtlich sehr angreifbaren Sachverhalt, denn der Bürgermeister erklärt selbst, dass er bisherige Kompensationsmaßnahmen nicht umgesetzt hat. Nun will er diese Ausgleichsmaßnahmen noch verlegen, um die Planung der Bundesfernstraße zu verhindern und diese Maßnahmen, zu denen er gesetzlich verpflichtet war, will er sich mit 90 % öffentlicher Mittel fördern lassen. Bezogen auf das Wohnbauflächenkonzept soll dieser Vorgang aufzeigen, dass keinesfalls mit einer zeitnahen realistischen Schaffung der Durchführung von Kompensationsmaßnahmen gerechnet werden kann.

Wir sind als Bürgerinitiative eine vom Umweltministerium NRW nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz zur Einlegung von Rechtsbehelfen anerkannte Umweltvereinigung. Gleichzeitig ergeht diese Stellungnahme im Namen der „Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein Westfalen e. V.“ (LNU), deren Mitgliedsverein wir sind. Vollmacht der LNU zur Stellungnahme und Vertretung in der Sache liegt uns vor.

Mit freundlichen Grüßen


(Georg Knoop)


(Martin Reimann)

Wohnhäuser ersetzen Wald

Halbpage 1

"Der Patriot" - 13.4.2019

Die Anwohner der Fredegrasstraße in Bad Westernkotten haben beim Ortsrat am Donnerstag noch einmal alles versucht, doch die Mehrheit der Politik ließ sich nicht umstimmen: Der Planungs- und Gestaltungsausschuss sprach sich dafür aus, das gerodete Waldstück nicht neu aufzuforsten und stattdessen auf dieser Fläche vier Häuser zu bauen.



Am gerodeten Waldstück diskutieren Vertreter von Politik und Verwaltung mit Anwohnern.

FOTO: THEIS

VON BJÖRN THEIS

Bad Westernkotten / Erwitte – Der Abstimmung in der Sitzung war eine Besichtigung der Fläche an der Fredegrasstraße, zwischen alter Kläranlage und Pfadfinderhaus, vorausgegangen. Rund 50 Anwohner waren gekommen, die Vertreter von Politik und Verwaltung noch einmal mit Argumenten zu überzeugen, den Wald neu anzupflanzen, statt diese Fläche der Wohnbebauung zuzuführen. Die sachlichen und konstruktiven Gespräche mit den Anwohnern in der Sache lobte eingangs Wolfgang Marcus, Ortsvorsteher und gleichzeitig Vorsitzender des städtischen Planungs- und Gestaltungsausschusses.

Ralf Linnebur und Lothar Schütte von der Verwaltung stellten die von der Stadt favorisierten Planungen vor: Vier Wohnhäuser mit jeweils bis zu zwei Wohneinheiten in zweigeschossiger Bauweise sollen entstehen. Hinzu kommen demnach die festgeschriebenen zwei Stellplätze pro Wohneinheit. Die Fredegrasstraße soll in diesem Bereich verbreitert und ein Gehweg angelegt werden.

Kein Kahlschlag auf ganzer Fläche.

Lothar Schütte, Stadtplaner der Verwaltung

Ganz ohne Bäume soll die Fläche nicht bleiben: Im hinteren Bereich zur Kläranlage hin ist ein 44 Meter breiter Streifen mit Bäumen als Parkwald geplant. „Es handelt sich nicht um einen Kahlschlag auf ganzer Fläche“, machte Lothar Schütte noch einmal deutlich. Eine Wald-Ausgleichsfläche soll zudem im Muckenbruch entstehen. Die Straßenbaukosten würden auf die Grundstückspreise umgelegt, erklärten Linnebur und Schütte, sodass für die Anlieger keine Kosten dafür entstünden.

Rita Rudi blieb im Namen der Anwohner bei ihrer Ablehnung der Wohnbebauung: Sie wiederholte ihren

Appell an Politik und Verwaltung, mit Blick auf den Klimawandel ökologisch zu entscheiden. „Wir wollen vermeiden, dass es irgendwann ein böses Erwachen gibt.“ Nicht nur, dass den Anwohnern „Ihr“ Wald genommen werde, auch gesundheitlich gebe es Bedenken, wenn immer mehr Bäume unwiederbringlich entfernt würden.

150 Unterschriften von Bürgern gesammelt

Den Ausführungen schloss sich August Börs an, der in den letzten Wochen ebenfalls immer wieder seine Stimme gegen die Umwandlung des Waldstücks erhoben hatte: „Wir hinterlassen unseren Enkeln und Ur-Enkeln Umweltsünden“, mahnte der 86-Jährige. Er erinnerte daran, dass rund 150 Unterschriften von Bürgern gegen

die neuen Häuser gesammelt worden seien – „aber Bürgerbeteiligung ist scheinbar nicht gewünscht“, so sein ernüchterndes Fazit.

Auf das Klima-Argument ging Wolfgang Marcus ein. Der Klimawandel sei ohne Frage ein Problem, in diesem Fall wirke sich das Vorhaben allerdings nicht negativ auf die Gesamtbilanz aus, wenn Wald weggenommen und an anderer Stelle der Natur zurückgegeben werde.

„Brauchen wir die Fläche überhaupt noch als Baugebiet?“, kam als Frage unter den Anwohnern bei der Besichtigung auf, da sich der Rat jüngst für ein großes Baugebiet an der Westernkötter Straße ausgesprochen hat. Dort stehe man in den Planungen, „wenn überhaupt“, so Marcus, ganz am Anfang. Frühestens Ende 2020 könne zwischen Erwitte und Bad

Westernkotten an Bauen gedacht werden. Die – wenn auch kleine – Fläche an der Fredegrasstraße helfe dabei, bei den vielen Anfragen nach Grundstücken, „Druck vom Kessel zu nehmen“, so der Ortsvorsteher.

Wirtschaftliche Interessen gehen leider vor.

Rita Rudi, Sprecherin der Anwohner

Ein in Bad Westernkotten entstandenes Gerücht sprach er selbst an: Dass die Bauplätze schon längst vergeben wären. „Da ist nichts dran“, sagte Marcus in aller Deutlichkeit. Würde grünes Licht für die Wohnbebauung gegeben, werde die Vergabe streng nach Vorschrift erfolgen.

Einige Anwohner verfolg-

ten anschließend die Abstimmung im Ratssaal, die mit der Mehrheit von CDU und SPD gegen die Wiederaufforstung und für Wohnbebauung ausfiel. Theo Knoop hatte für die BG den Kompromissvorschlag eingebracht, nur 50 Prozent der Fläche der Wohnbebauung zuzuführen. Die FDP-Fraktion sprach sich dafür aus, den gesamten Grüngürtel zu erhalten, da eine großflächige Bebauung an der Westernkötter Straße erfolgen soll, argumentierte Werner Bielawa.

Die SPD blieb nach einem „schwierigen Abwägungsprozess“, so Hans-Jürgen Sellmann, bei der Zustimmung für die Grundstücke, da gleichzeitig die gleiche Fläche, oder sogar mehr, im Muckenbruch aufgefördert werden soll.

Anwohner nach Abstimmung enttäuscht

„Wir holzen ja nicht den Wald ab, um dort bauen zu können“, gab Bert Wieneke von der CDU-Fraktion zu Bedenken. Schließlich hätten die Bäume wegen irreparabler Schäden gerodet werden müssen und würden an anderer Stelle neu angepflanzt. „Der sinnvollste Weg, um Bauland zu schaffen“, findet Wieneke. Eine Argumentation, die sich am Ende mehrheitlich durchsetzte.

Rita Rudi aus Reihen der Anwohner kommentierte die Entscheidung gegenüber dem Patriot so: „Es ist respektvoll abgelaufen. Aber die Enttäuschung ist groß, dass wir mit Blick auf die Zukunft des Kurortes die Mehrheit nicht zum Umdenken bewegen konnten. Wirtschaftliche Interessen gehen leider vor.“

Großes Baugebiet an Westernkötter Straße ist einen Schritt weiter

Nach der Grundsatzentscheidung des Stadtrates zum großflächigen Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkotten, folgte in der Sitzung des Planungs- und Gestaltungsausschusses der nächste Schritt. Die Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich an der Westernkötter Straße und anderer potenzieller Flächen für Wohnungsbau im Stadtgebiet wurde beschlossen. Damit, so Ralf Linnebur, Leiter Fachbereich Stadtentwicklung bei der Verwaltung, spreche man nun bei der Bezirksregierung in Arnsberg vor, um dann zu erfahren, was der Stadt überhaupt flächenmäßig zugestanden werde. Jetzt die nächsten Schritte zu tun, sei dringend erforderlich: „Wenn der landwirtschaftliche Betrieb sich erweitert, ist die Fläche tot.“ Die Stadt wolle sich die Option sichern, in den nächsten 20,30 Jahren nachhaltig zu wachsen. Das heiße aber nicht, so Linnebur, „dass wir 140 Bauplätze in den nächsten Jahren auf den Markt schmeißen.“ Wie schon in der vorherigen Ratssitzung deutlich wurde, gibt es innerhalb der CDU-Frakti-

on Bedenken gegen das Vorgehen. Sei das Baugebiet einmal ausgewiesen, „sind wir gezwungen, schnell zu wachsen“, entgegnete Bert Wieneke. Und würde die Bezirksregierung der Stadt nicht die gewünschte Gesamtflächengröße zugestehen, werde das an anderer Stelle als an der Westernkötter Straße abgezogen. Marita Lange, ebenfalls CDU, will zunächst wissen, was bei der erforderlichen Umsiedlung des landwirtschaftlichen Betriebes an der Westernkötter Straße finanziell auf die Stadt zukommt: „Wir zäunen das Pferd von hinten auf“, bemängelte sie. Linnebur verriet, die Verwaltung sei an einer Lösung dran.

Ausschussvorsitzender Wolfgang Marcus (SPD) verwies darauf, dass man sich mit diesem Beschluss zunächst an nichts binde, über Details könne nach der Entscheidung aus Arnsberg gesprochen werden.

Die große Mehrheit verabschiedete die Änderung des Flächennutzungsplanes, Gegenstimmen gab es lediglich von der BG-Fraktion sowie Bert Wieneke und Marita Lange (beide CDU). bt

„Wald nur aus Finanzbrille betrachtet“

Bund verurteilt Umwandlung in Baugrundstücke an der Fredegrasstraße

Bad Westerkotten – Dass ein früheres Waldstück an der Fredegrasstraße in Bad Westerkotten nicht wiederaufgeforstet, sondern in Baugrund umgewandelt werden soll, hat zuletzt zu massiven Protesten der Anwohner geführt (wir berichteten mehrfach). Die Politik hat die Pläne inzwischen durchgewunken. Nun hat sich die Naturschutzinitiative Bund, Ortsgruppe Lippstadt/Erwitte, in die Diskussion eingeschaltet und verurteilt den mehrheitlichen Beschluss, dass Bäume für Wohnhäuser weichen müssen.

„Die Erwitte Politik scheint Belange von Umwelt und Natur schwer wahrzunehmen oder anzuerkennen“, wird in einem Schreiben, für das der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Heinrich Münz verantwortlich zeichnet. Nach städtischer Beschlusslage stehe am Gieseler Bach in Bad Westerkotten der Verlust einer Waldfläche von über 2500 Quadratmetern in unmittelbarer Nachbarschaft zum Na-

tura 2000 Schutzgebiet vor der Tür.

Der negative ökologische Einfluss des Waldverlustes gehe weit über die reine Fläche hinaus und reduziere „den eh schon geschwächten Biotopverbundcharakter des Gehölzstreifens an der Gieseler zusätzlich“. Einwände zahlreicher Bürger, einer Bürgerinitiative ebenso wie die von Umweltschützern, verpufften im politischen Wind, so Dr. Münz. „Verantwortungsvolles politisches Empfinden und Handeln zum Wert von Naturraum scheint hier Fehlanzeige. An den aktuellen Diskussionen zu ökologischen Großproblemen und der Klimakatastrophe sendet Erwitte Politik insgesamt wie vorbei. Fühlt Erwitte sich extraterrestrisch?“

Heute einfach existierende öffentliche Waldflächen aus Lokalkommerz in Bauplätze umzuwandeln, sei nicht nur naturrechtlich von Brisanz, sondern grenze auch „an Ignoranz von längerfristigen Gemeinwohl“. Wieder einmal zeige sich hier eine markante Symbolik, „Wald nur

aus der Finanzbrille zu betrachten“, so der Bund-Vertreter.

Das Landesforstgesetz NRW lasse höchstens Waldumwandlung bei Waldentwicklung im bestehenden Bebauungsplan zu. „In Erwitte alles kein Problem“, merkt der Bund sarkastisch an, „man legt einfach mal nachträglich einen neuen Bebauungsplan über eine Waldfläche. Politisch doch ingendwie dreist“.

Ein klimabedingt maroder Fichtenbestand mit Käferbefall werde als Alibi genutzt, um gleich die ganze Waldfläche aufzugeben. „Mit dieser Argumentation hätte das Sauerland nun Großstadtflächen in der Waldumwandlung zur Verfügung“. Dazu komme, dass wahrscheinlich aus zielgerichteter Unkenntnis beim Entfernen der Fichten auch gleich noch die Laubbäume der Säge zum Opfer gefallen seien. „Der Wald ist nun komplett weg, auch ohne ein städtisch zugesagtes Gutachten zur Verträglichkeit und Einfluss auf das Natura 2000 Gebiet an der Gieseler“.

Will man so vielleicht Probleme umgehen?“ Erwitte als „bekannt waldreiche“ Kommune könne anscheinend Sägeeinsätze spielend verkraften, formuliert es Dr. Münz mit beißender Ironie. Erwitte ist bekanntlich eine äußerst waldarme Stadt.

Die von der Verwaltung angebotene Kompensationsfläche im Muckenbruch, „weit vom Eingriffsareal entfernt“, dokumentiere nur die große Unkenntnis ökologischer Zusammenhänge und biete keinen Ersatz.

Der Bund fordert daher den Stopp der Umwandlung der Fläche in Bauland. „Weitere Kosten fallen nicht an, denn die Natur hat schon damit begonnen, ihr ehemaliges Waldareal wieder zu begrünen“, so der Bund. In den nächsten Jahren werde dort ein klimaaangepasstes Hecken- und Waldareal entstehen und eine ökologisch wertvolle Verbreiterung des Gieseler-Uferstreifens darstellen. „Erst dann kann der jetzige Stündenfall wirklich als kompensiert gelten“, so Dr. Münz.

"Der Patriot"

So., 25.10.2017

Baugebiete statt Ostumgehung?

BI Stirpe: Vorsitzender Georg Knoop informiert Mitglieder über Ergebnisse intensiver Recherchen

STIRPE ■ „Wir wollen den anderen immer einen Schritt voraus sein“, machte der erste Vorsitzende Georg Knoop deutlich. Dass er diesem Motto treu bleibt, hat sich bei der Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative gegen den Bau der B 55n westlich von Stirpe und Weckinghausen (BI Stirpe), die am Donnerstagabend im Dorfgemeinschaftshaus stattfand, herauskristallisiert.



Vorsitzender Georg Knoop erläuterte den Sachstandsbericht zur B 1n. ■ Foto: Assmann

So sei ihm nach intensiver Recherche zu Ohren gekommen, dass die Stadt Erwitte im Bereich der möglichen Ostumgehung der B 55n zwei Baugebiete planen will. „Nach meinen Informationen ist dort Platz für schätzungsweise 60 Bauplätze“, wie Georg Knoop auf Patriot-Nachfrage verdeutlichte. Die beiden möglichen Baugebiete könnten sich zwischen den Wohngebieten Weißdornring in Bad Westernkotten und Alter

Berger Pfad in Erwitte befinden. Darüber hinaus habe er gehört, dass ein Landwirt ebenfalls in dem Bereich zwischen Erwitte und Bad Westernkotten die Erweiterung seines Schweinestalls plant.

Die Informationen, die er den rund 40 Mitgliedern übermittelte stießen bei Lothar Strauch, Fraktionsvorsitzender der BG, auf har-

sche Kritik. Er besuchte die Versammlung, um sich generell über den Sachstand der BI Stirpe zu informieren. Er wisse nicht wo Knoop derartige Informationen her habe, so Strauch.

450 Büsche werden gepflanzt

Knoop betonte darüber hinaus, dass sich alle Erwitter Parteien seiner Meinung nach für die Westumgehung ausgesprochen hätten. Auch diese Aussage konnte Strauch nicht so stehen lassen. Die BG habe sich nie auf eine Seite geschlagen, so Strauch. Beide Umgehungsstraßen seien wichtig für Planungen gewesen.

Bezüglich des Bundesverkehrswegeplans 2030 müsse sich die BI Stirpe die kommenden Jahre keine Sorgen machen, dass eine Westumgehung gebaut wird, sagte Knoop. Trotzdem werde man Augen und Ohren of-

fen halten. Ein weiteres Thema war die Renaturierung des Teichs im Südfeld, südlich der Benninghauser Straße (K47). Dieser wurde in den letzten Wochen und Monaten ausgegraben. Bäume wurden gefällt, damit der Teich nicht wieder durch das Laub verlandet. Stattdessen werden dort am heutigen Samstag 450 Büsche gepflanzt.

Darüber hinaus erläuterte Knoop den Sachstandsbericht zu der bei der Deges in Planung befindlichen B 1n. Er betonte, dass das Teilstück, das hinter dem Erwitter Friedhof bis zum Westerkötter Bahnhof führt, alternativlos sei. Das Teilstück sei aus artenschutzrechtlichen Gründen nicht gegen die Westumgehung der B 55n auszutauschen.

Außerdem wurde während der Versammlung ein neuer Kassenprüfer gewählt. Eckhard Dietrich löst Thorsten Scheeper ab. ■ sta

"Der Patriot"

28. November 2017

TEL. (0 29 43) 9 78 50 12
FAX (0 29 43) 9 78 50 19

Baugebiete nicht in Planung

Verwaltung irritiert über Knoops Behauptung

ERWITTE ■ Zwei Baugebiete zwischen Erwitte und Bad Westernkotten seien bei der Stadt Erwitte in Planung, teilte Georg Knoop, erster Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen den Bau der B 55n westlich von Stirpe und Wecklinghausen (BI Stirpe) bei der Jahreshauptversammlung in der vergangenen Woche mit (wir berichteten). Das sei das Ergebnis intensiver Recherchen gewesen, wie Knoop verdeutlichte.

Er befürchtete, dass mit den beiden Baugebieten, die zwischen dem Wohngebiet Weißdornring in Bad Westernkotten und dem Alten Berger Pfad in Erwitte geplant seien, die Ostumgehung der B 55n zwischen Erwitte und Bad Westernkotten vom Tisch ist.

Auf Nachfrage unserer

Zeitung äußerte sich nun auch die Stadt Erwitte zu den Behauptungen. „Ich müsste es schließlich wissen“, betonte Bürgermeister Peter Wessel. Derartige Planungen seien ihm aber nicht bekannt. Und auch für den Planungs- und Gestaltungsausschuss gebe es keine Vorlagen, die darauf hinweisen.

Etwas verwundert zeigte sich auch Fachbereichsleiter Ralf Linnebur. „Wir haben es irritiert zur Kenntnis genommen“, so der Fachbereichsleiter. Es gebe keinerlei Vorüberlegungen in diese Richtung. Darüber hinaus hätte das Thema mit den entsprechenden Gremien besprochen werden müssen. Und auch dort habe es keine derartige Diskussion gegeben, wie Linnebur betonte. ■ sta

Baugebiete erschließen

FDP-Sitzung: „Kirchturmdenken beenden“

BAD WESTERNKOTTEN ■ Die jüngste Sitzung der Erwitter FDP fand in Bad Westernkotten statt. Und das nicht ohne Grund. Die Versammlung zollte den Unternehmern, die bereit sind, das Thermalbad zu führen, großen Respekt. Werner Bielawa: „Die öffentliche Hand ist oft der schlechtere Unternehmer. Meistens wird die FDP für die These kritisiert, bei der Solbad ist die privatwirtschaftliche Lösung genau der richtige Weg, der diesmal von allen Fraktionen unterstützt wird.“

Es folgte eine breite Diskussion um notwendige Bauplätze in Erwitte und Bad Westernkotten. Die Nachfrage sei in beiden Stadtteilen sehr groß, wurde berichtet, und die Bauplätze an der Berger Straße viel schneller vermarktet worden als erwartet. Die Möglichkeiten zur Ausweisung weiterer Baugebiete seien aufgrund von Indus-

trie- und Umweltschutzgebieten allerdings massiv eingeschränkt. Nach ausführlicher Abwägung war sich die Versammlung einig, beide Stadtteile sollten sich planerisch aufeinander zubewegen – in Bad Westernkotten südlich der Straße „Zur Josefslinde“ und in Erwitte nord-östlich des „Alten Berger Pfades“. Ein älterer Bürger aus Bad Westernkotten dazu wörtlich: „Wir müssen das Kirchturmdenken endlich beenden.“ Deutliche Engpässe, so Christof Rasche, gebe es auch bei Gewerbefläche. Hier müssten Rat und Verwaltung schnell tätig werden.

Zum Ende der Versammlung warben Rasche und Christoph Wilmes für mehr Engagement in der FDP in Bad Westernkotten: „Die FDP ist im Rat eine entscheidende Kraft, da wäre es gut für den Kurort, wenn mehr ‚Poolbürger‘ bei den Liberalen mitmachen.“

„Der Pöthof“ - Sa. 1. 24. 3. 2010



Bürgermeister
Peter Wessel

Stabschef

Der Dauerbrenner Orts-
um-
gehung durfte bei der Jahres-
hauptversammlung des CDU-
Stadtverbandes Erwite als The-
ma natürlich nicht fehlen. Ohne
dass allerdings viel neues zu er-
fahren war. Der heimische Land-
tagsabgeordnete Jörg Blöming
freute sich, dass die Planungen,
wie vom NRW-Verkehrsminis-
terium jüngst angekündigt (und
von uns berichtet), nun weiterge-
hen. Die rot-grüne Vorgänger-
regierung in Düsseldorf bekam von
ihm gleich auch einen mit, weil
die Unterlagen seit 2011 in der
Schubladen-Verwaltung unter
die B1/B55 nicht weiterverfolgt
worden sei. Bürgermeister Peter
Wessel schnitt das Thema Umge-
hungsstraße ebenfalls kurz an.
„Wir brauchen in Ost-West-Rich-
tung Entlastung, damit die Autos
aus der Stadtmitte verschwin-
den“, wiederholte er die bereits
so oft formulierte Forderung. Al-
ternativen müssten geschlossen
und Fakten geschaffen werden.
Prognosen wollten weder Blö-
ming noch Wessel abgeben. Da-
mit haben sich in der Vergangen-
heit auch schon zu viele die Finger
verbrannt. „Es sieht jetzt gut
aus“, meinte Blöming immerhin
vorsichtig. Warten wir es ab...

...
Apropos Blöming: Der be-
richtete dem CDU-Stadtverband,
dass er anders als beim Amtsan-
tritt als Landtagsabgeordneter

Nach Schützenfest steht
gleich Ikea in Erwille an. Der
Stadtteilrundgang in der Kom-
stadt ist für Mittwoch (17.30 Uhr
ab Marktplatz) terminiert. Hof-
fentlich sind bis dahin die Schüt-
zenfest-Nachwehen vom Wo-
chenende abgeklungen, damit
viele Erwitler an der Begehung
teilnehmen. Schließlich geht es
um Projekte für die Stadt, die mit
Fördergeldern realisiert werden
können. „Wir brauchen die Bür-
ger für Impulse“, hofft Bürger-
meister Wessel auf eine gute Be-
teiligung. In Bad Westernkotten
findet der Rundgang übrigens be-
reits am Montag (17.30 Uhr ab
Hellweg-Sole-Therme) statt.

In diesem Sinne ein frühlingshaf-
tes (Schützenfest-)Wochenende!

...
die B1/B55 nicht weiterverfolgt
worden sei. Bürgermeister Peter
Wessel schnitt das Thema Umge-
hungsstraße ebenfalls kurz an.
„Wir brauchen in Ost-West-Rich-
tung Entlastung, damit die Autos
aus der Stadtmitte verschwin-
den“, wiederholte er die bereits
so oft formulierte Forderung. Al-
ternativen müssten geschlossen
und Fakten geschaffen werden.
Prognosen wollten weder Blö-
ming noch Wessel abgeben. Da-
mit haben sich in der Vergangen-
heit auch schon zu viele die Finger
verbrannt. „Es sieht jetzt gut
aus“, meinte Blöming immerhin
vorsichtig. Warten wir es ab...

Der Patriot vom 05.05.2018: „Der Dauerbrenner“

ERWITTE

Börns Titus
REDAKTION



STADT-SCHREIBER

Der Dauerbrenner Ortsumgehung durfte bei der Jahreshauptversammlung des CDU-Stadtverbandes Erwitte als Thema natürlich nicht fehlen. Ohne dass allerdings viel neues zu erfahren war. Der heimische Landtagsabgeordnete Jörg Blöming freute sich, dass die Planungen, wie vom NRW-Verkehrsministerium jüngst angekündigt (und von uns berichtet), nun weitergehen. Die rot-grüne Vorgängerregierung in Düsseldorf bekam von ihm gleich auch einen mit, weil die Unterlagen seit 2011 in der Schublade gelegen hätten und die B1/B55 nicht weiterverfolgt worden sei. Bürgermeister Peter Wessel schnitt das Thema Umgehungsstraße ebenfalls kurz an. „Wir brauchen in Ost-West-Richtung Entlastung, damit die Autos aus der Stadtmitte verschwinden“, wiederholte er die bereits so oft formulierte Forderung. Alternativen müssten geschlossen und Fakten geschaffen werden. Prognosen wollten weder Blöming noch Wessel abgeben. Damit haben sich in der Vergangenheit auch schon zu viele die Finger verbrannt. „Es sieht jetzt gut aus“, meinte Blöming immerhin vorsichtig. Warten wir es ab...



Mit einem neuen Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkotten die Ostumgehung verhindern: Das wirft die Bürgerinitiative in Stirpe mit Georg Knoop – wie in der Karikatur von Gerhard Korge dargestellt – der Stadt Erwitte und Bürgermeister Peter Wessel vor.

Wird Osttrasse verbaut?

Bürgerinitiative in Stirpe wirft Bürgermeister Geheimhaltungstaktik vor

Von Björn Theis

ERWITTE ■ Es war ruhig geworden die letzten Wochen um die seit Jahrzehnten geforderte Ortsumgehung: Die B1n/ B55 befindet sich mittlerweile im vordringlichen Bedarf und soll laut Planung aus einer Südumgehung der B1 und einer Umgehung der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden B55 bestehen. In die friedliche Stille platzt nun die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55n westlich von Stirpe und Weckinghausen mit dem Vorwurf, die Verwaltung wolle still und heimlich mit der Bauleitplanung die Ostumgehung begraben. Bürgermeister Peter Wessel widerspricht vehement.

„Die Stadt Erwitte plant derzeit unter bisheriger strikter Geheimhaltung ein neues Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkotten, um den Korridor für eine mögliche Ost-Alternative zu schließen, die sich zusammen mit der B1n im vordringlichen Bedarf befindet“, schießt BI-Sprecher Georg Knoop scharf gegen die Verwaltung.

Bereits im November vergangenen Jahres, so Knoop, habe er das Vorhaben öffentlich gemacht, woraufhin Bürgermeister Wessel diese Planungen als unwahr abwie: „Nun liegen die Detailplanungen für mehrere Baugebiete vor und sollen beschlossen werden.“ Der Rat der Stadt Erwitte habe in einer gemeinsamen Sitzung von Planungs- und Gestaltungsausschuss sowie Umwelt- und Verkehrsausschuss bereits am 5. September 2017 einstimmig beschlossen, den Titel Bebauungsplan Bad Westernkotten Nr. 35 in Gewässerentwicklung und Renaturierung Erwitte Mühlenbach

umzubenennen. „Gleichzeitig sollten bereits festgelegte aber noch nicht umgesetzte Ausgleichsflächen aus dem gesamten Bereich des Stadtgebietes Erwitte in den Geltungsbereich des Bebauungsplans Bad Westernkotten Nr. 35 umgelegt werden“, so Knoop.

Weiter solle dazu das Gewässerentwicklungs- und Renaturierungskonzept Erwitte Mühlenbach entwickelt und durchgeführt werden. Dazu erwarte die Stadt Erwitte Fördermittel von 80 Prozent vom Land NRW und 10 Prozent vom Wasserverband Obere Lippe (WOL).

Auch mit diesem Planungsvorhaben habe Bürgermeister Wessel der geplanten B1n mit der möglichen Anbindung an die bestehende B 55 (Ostumgehung der Stadt Erwitte) einen Riegel vorschieben wollen. „der nicht zu überwinden ist“. Dass sich die Förderung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mit öffentlichen Mitteln gesetzlich ausschließt und nicht realisierbar ist, hätten die Planer verkannt, so Knoop.

Entlastung aufs Spiel gesetzt

„Dass die Ostumgehung keine Wunschtrasse für die Stadt Erwitte ist, ist allen Beteiligten mehr als klar. Dass der Bürgermeister aber kein Lösungskonzept vorweisen kann und mit dieser Planung ein mögliche Umgehung in Nord-Süd-Richtung jetzt selbst verhindern will, ist nicht nachvollziehbar“, teilt Knoop gegen den Verwaltungschef aus. Die „Geheimhaltungstaktik“ richte sich in erster Linie gegen die Bewohner der Kernstadt, denn mit diesem Planungsvorhaben der Stadt

werde eine mögliche nachhaltige Entlastung des Stadtzentrums aufs Spiel gesetzt.

Der Bürgermeister habe die Öffentlichkeit nicht ausreichend über seine Absichten informiert. Der BI-Sprecher abschließend: „Dazu wäre er allerdings als erster Mann der Stadt Erwitte in der Pflicht“.

„Böswillige Unterstellung“

Konfrontiert mit den Vorwürfen, weist Bürgermeister Peter Wessel diese als „böswillige Unterstellungen“ zurück. „die glattweg falsch sind“. Bei der Bauleitplanung gebe es niemals eine strikte Geheimhaltung – die Aufstellung bzw. Änderung des Flächennutzungsplanes geschehe grundsätzlich in öffentlichen Sitzungen. So auch bei der Gewässerentwicklung und Renaturierung Erwitte Mühlenbach. „Hier geht es um Hochwasserschutz“, so der Bürgermeister, was völlig unabhängig von der Straßenplanung zu bewerten sei. Und es gebe Beschlüsse der jeweiligen Ausschüsse, diese Maßnahmen durchzuführen, „auch wenn sie nicht den Vorstellungen der BI und des Herrn Knoop entsprechen“. Der WOL habe die Planungen zudem als „ausgesprochen förderwürdig“ eingestuft.

Nichts zu verheimlichen hätten er und die Verwaltung auch mit Blick auf die Weiterentwicklung der Siedlungsschwerpunkte Erwitte und Bad Westernkotten. Planentwürfe für ein Baugebiet würden vorliegen, letztendlich darüber entscheiden werde wie immer der Stadtrat, so Wessel. „Es geht darum, wie wir die

Stadt entwickeln und die beiden Ortsteile miteinander verbinden wollen. Auch das ist völlig unabhängig von anderen Planungen zu sehen.“

„Keiner will die Ostumgehung“

Sein Bestreben sei es, so Wessel, keine Nord/Süd-Verbindung zu verhindern, die der Rat eindeutig favorisiere, was mit einstimmigen Ratsbeschlüssen belegt sei. Und der Bürgermeister machte in einem Atemzug auch deutlich klar: „Keiner will die Ostumgehung.“ Die Menschen am Alten Berger Pfad, Weißdornring und Schäferkämper Weg hätten lieber neue Nachbarn als eine Umgehungsstraße. Eine Westumgehung dagegen werde „mit einer intelligenten Straßenführung samt Schutzmaßnahmen für die Stirper Bevölkerung und den gesamten Ort deutliche Verbesserungen bringen.“ Einmal in Fahrt, legte der Verwaltungschef nach: „Eine Ostumgehung würde an den katastrophalen Verkehrsverhältnissen in Stirpe nichts verändern.“

Knoop und die BI hätten zu spät oder gar nicht erkannt, „dass fehlende Barrieren bei einer von ihm und favorisierten Ostumgehung auch für andere Lösungen gelten.“ Nun werde suggeriert, dass diese „geschluckt“ werden müsse, weil es sonst gar keine Umgehung gibt: „Das ist grundlegend falsch.“

Denn auch der Bundesverkehrsplan spreche eindeutig von einer Nord-Süd-Umgehung. Wessel abschließend: „Wo man sie herbekommt, kann heute noch nicht gesagt werden. Dies wurde aber auch noch nicht untersucht.“

Wird Osttrasse verbaut?

Bürgerinitiative in Stirpe wirft Bürgermeister Geheimhaltungstaktik vor

Von Elinn Thies

ERWITTE: Es war ruhig geworden die letzten Wochen um die Osttrasse. Die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 befindet sich mittlerweile im verbindlichen Baufeld und hat Planung aus einer Süd-Umgehung der B1 und einer Umgehung der in Nord-Süd-Richtung verlaufenden B55 bestehen. Die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

umzusetzen. Gleichwohl wurde eine mögliche nach beiden Seiten hin zu verbleibende Einbautung des Stadtzentrums als Spielraum angesehen. Der Bürgermeister hat die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert. Der BI-Sprecher ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Keiner will die Ostumgehung“

Sein Begehren sei ein „Wunsch“, keine verbindliche Entscheidung zu verhindern. Er sei für eine Entscheidung, die sich mit dem öffentlichen Interesse deckt, bereit. Der Bürgermeister hat die Öffentlichkeit nicht ausreichend informiert. Der BI-Sprecher ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

Entlastung aufs Spiel gesetzt

Die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

Entlastung aufs Spiel gesetzt

Die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

Entlastung aufs Spiel gesetzt

Die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

Entlastung aufs Spiel gesetzt

Die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

Entlastung aufs Spiel gesetzt

Die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

„Böswillige Unterstellung“

Die Unterstellung, dass die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55 westlich von Stirpe und Weckinghausen ist der Ansicht, dass die Entscheidung über die Umgehung der Osttrasse im Besonderen

B55 bestehen. In die friedliche Stille platzt nun die Bürgerinitiative (BI) gegen den Bau der B55n westlich von Stirpe und Weckinghausen mit dem Vorwurf, die Verwaltung wolle still und heimlich mit der Bauleitplanung die Ostumgehung begraben. Bürgermeister Peter Wessel widerspricht vehement.

„Böswillige Unterstellung“

Konfrontiert mit den Vorwürfen, weist Bürgermeister Peter Wessel diese als „böswillige Unterstellungen“ zurück, „die glattweg falsch sind“. Bei der Bauleitplanung habe es niemals

Der Patriot vom 28.06.2018: „Wird Osttrasse verbaut?“

FDP will stärkste Kraft werden

Beim Stadtparteitag der Liberalen wird der Ruf nach mehr Bauplätzen in Erwitte laut

ERWITTE ■ Ehrgeizige Ziele haben die Liberalen in Erwitte jetzt bei ihrem Stadtparteitag ausgerufen. So äußerte Vorsitzender Christof Rasche den festen Willen, die FDP bei den nächsten Kommunalwahlen zur stärksten Partei der Kernstadt machen zu wollen. Bei der letzten Wahl war der Unterschied mit 35,0 zu 30,4 nicht allzu groß gewesen.

Gleichzeitig sollen Schwächen in den Stadtteilen minimiert werden. Dabei hofft Rasche auf eine gute Unterstützung aus den Reihen der FDP und den neu gegründeten Jungen Liberalen. Des Weiteren soll noch in die-

sem Jahr eine dreistellige Mitgliederzahl beim Stadtverband Erwitte erreicht werden.

Zu Beginn der Versammlung stand gleich die Wahl des Vorstandes an. Hier zeigte sich unter den Anwesenden große Einigkeit. Sowohl der Vorsitzende Christof Rasche, als auch seine bisherigen Stellvertreter, Werner Bielawa und Ralf Gärtner, wurden einstimmig im Amt bestätigt. Aber auch bei weiteren Posten zeigte sich das Vertrauen in den alten Vorstand.

So wurden Bettina Stake-meier als Schriftführerin und Gerd Zassenhaus als Schatzmeister wiederge-

wählt. Zu Beisitzern des Vorstandes wurden Lars Engelmeier, Philipp Sternberg, Georg Husemann, Sebastian Rasche, Dominik Fisch, Carsten Roppertz, Bernd Kersting und Jannik Mai bestimmt.

G9: Ganztags freiwillig anbieten

Eines der wichtigsten Themen war für Rasche die Schaffung von neuen Bauplätzen im gesamten Stadtgebiet Erwitte. Das Angebot sei zurzeit dermaßen begrenzt, dass sich lediglich die Fläche an der Westernkötter Straße, zwischen dem Kurort und Lippstadt

eigne, um bis zu 150 Bauplätze sukzessive zu erschließen. Hier sollte man schnell handeln, da ein Bauleitverfahren rund zwei Jahre in Anspruch nähme und es Interessenten andernfalls in die Umgebung zieht.

Er lobte zudem den Einsatz, den einige Bad Westernkötter in die Erhaltung der Hellweg-Sole-Therme gesteckt haben. Das Bad sei für die Attraktivität des Ortes essenziell.

Beim Thema Bildung merkte Rasche an, dass die Zahl der Neuanmeldungen am Städtischen Gymnasium Erwitte mit 71 gering sei.

Man sollte das Lehrerkollegium im Vorschlag unterstützen, bei einem wahrscheinlichen Wechsel zu G9 wieder Halbtagsunterricht anzubieten und den Ganztags ohne Unterricht, aber mit einer Hausaufgabenbetreuung, weiterhin freiwillig möglich zu machen. Das würde die Attraktivität der Schule, auch im Vergleich zu umliegenden Gymnasien, verbessern.

Obwohl zurzeit der Neubau eines Kindergartens ansteht, meinte Rasche, dass man über Übergangslösungen nachdenken sollte, um die hohe Nachfrage decken zu können. ■ mm



Der FDP-Vorstand: (v.l.) Jannik Mai, Sebastian Rasche, Werner Bielawa, Christof Rasche, Bernd Kersting, Lars Engelmeier, Georg Husemann, Bettina Stake-meier und Gerd Zassenhaus. ■ Foto: Marx

12.6.2018 „Der Patriot“

Bürgerbus anschieben

Ortsvorsteher fragen bei Veranmlung ihre Wünsche und Sorgen vor

Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben.

Wildes Fahren am Freibad
Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben.

Amn. Fahren im Ort
Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben.

Mahnung für Bürger
Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben.

Mahnung für Bürger
Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben. Die Ortsvorsteherin von der Bürgerbus-Formen sind, die sie bei der Veranmlung im Bürgerbus anschieben.

terpiste und kein Wanderweg.“

Zu langsam geht ihm auch die Entwicklung der Baugebiete – „still ruht der See“, beschrieb Marcus seinen Eindruck vom Stand der Planungen. Einen Seitenhieb konnte sich Marcus nicht gegen Georg Knoop, Vorsitzenden der Bürgerinitiative gegen den Bau der B55 n westlich von Stirpe und Weckinghausen, verkneifen: „Wenn die Osttante durch die Baugebiete verhindert wird, ist das auch gut“, sagte der Ortsvorsteher zur Diskussion um die Umgehungsstraße, die Knoop mit seinen Äußerungen im Patriot-Rericht

Der Patriot vom 19.07.2018: „Bürgerbus anschieben“

"Das Patriot" - 6.12.2018

Baugebiet: Start verschieben?

Die Verwaltung möchte bereits im Haushalt 2019 mit 150 000 Euro erste Mittel für die Planung des Baugebietes zwischen Erwitte und Bad Westernkotten bereitstellen. In einem weiteren Änderungsantrag plädiert die BG-Fraktion dafür, den Start auf das nächste Jahr zu verschieben. „Wir sind für eine Verschiebung, das heißt nicht Ablehnung“, betonte Fraktionsvorsitzener Lothar Strauch. Das Baugebiet Erwitte-Ost sei nicht zu trennen von der Umgehungsstraßenproblematik. Solange sich die DEGES nicht eindeutig geäußert habe, dass die Ostumgehung in diesem Bereich definitiv nicht realisiert wird, mache es keinen Sinn, Geld für Gutachten auszugeben. CDU-Ratsfrau Marita Lange sah das ähnlich. Sie findet es vorschnell, nun schon 150 000 Euro in den Haushalt für 2019 zu stellen. Für das Baugebiet liege nicht einmal ein Ratsbeschluss vor. Kein Verständnis dafür hat FDP-Chef Christof Rasche. Familien, die in Erwitte einen Bauplatz suchen, würden schon jetzt nur noch schwer fündig. Deshalb lautet sein Appell: „Nicht weiter verschieben.“ Sollte das Thema

kurzfristig akut werden, warnte Ralf Linnebur (Leiter Fachbereich Stadtentwicklung) davor, dass dann andere beschlossene Maßnahmen womöglich nicht stattfinden könnten. Diese Gelder müssten in diesem Fall zur Refinanzierung genutzt werden.

Hans-Jürgen Sellmann sieht es nicht so dramatisch. Wenn Mittel akut benötigt wurden, sei es immer auch gelungen, Geld nachzuschließen.

Bürgermeister Peter Wessel mahnte mit Blick auf das Baugebiet, handlungsfähig zu bleiben: „Wir sollten uns jetzt schon auf den Weg machen.“ Es gebe nur noch vereinzelt Bauplätze in Erwitte und im Kurort. Außerdem liege ein einstimmiger Ratsbeschluss gegen die Ostumgehung vor. Strauch hielt dagegen, dass die Aussage des Bürgermeisters zum Beschluss zwar richtig, aber unvollständig sei und empfahl dazu, einen Blick in die Niederschrift zu werfen, die nachzulesen sei auf der BG-Internetseite. Und überhaupt: „Es ist ja nicht so, als ob die Leute auf dem Feld campen müssen.“

Über die beantragte Verschiebung wird der Rat in seiner Sitzung am Dienstag entscheiden.

Loblied auf den Haushalt

Veränderung muss allerdings Zugeschrieben von Baugebietern in vierer

wurde dann doch geringen über die Änderungen am Zahlenwerk. Das betraf die Veranschlagung von 150.000 Euro für erste Planungsschritte hin zu einem Baugebiet Erwitte-Ost zwischen der Kernstadt und Bad Westernkotten, wofür

Die Beschlüsse in Erwitte sind vielfach...
 Von Hans-Bernd
ERWITTE • Wenn die FDP-Fraktion dem Klammern eine Komponente mit „Abstrich“...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

Bürgermeister infrage.
 Um der zu erwartenden Ablehnung bei der Abstimmung zu entgehen, nahm Bürgermeister Wessel das Kompromiss-Angebot aus seiner eigenen Fraktion auf, das „Baugebiet Erwitte-Ost“ in „Baugebiete Erwitte“ zu ändern, für das die 150.000 Euro veranschlagt werden sollen. Damit war die einstimmige Verabschiedung

...dermalen Licht in die...
 ...

Ist ja nicht so, dass hier kein Mensch mehr bauen kann

...dermalen Licht in die...
 ...

...dermalen Licht in die...
 ...

Der Patriot vom 06.12.2018: „Baugebiet: Start verschoben?“

„Mutig in das Jahr neue Jahr gehen“

Eine „große Portion Gelassenheit, Optimismus und gute Laune“ hat Bürgermeister Peter Wessel beim Neujahrsempfang der Stadt Erwitte am gestrigen Sonntag mit Blick auf das lokale Treiben für 2019 gewünscht. Vertreter aus Bürgerschaft, Vereinen, Institutionen, Politik und Wirtschaft stimmten sich in der Fosthalle am Schloss auf das neue Jahr ein. Zwei Bürger wurden für ihr Engagement geehrt.

VON BIRGIT TREIS

Erwitte Die Wahlen sind über die Bühne. In der vergangenen Woche haben die Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft der Stadt und die Anpassung der öffentlichen Einrichtungen wie Kitas und Grundschulen an den Bedarf, das waren die Handlungsschwerpunkte, die Bürgermeister Wessel in seiner Ansprache für 2019 benannte. Vorhat Bad Westermünde mit diesen Themen zu tun, was inhaltlich in einem Zusammenhang steht, wie Wessel erklärte. Die Investition der Solihai GmbH war durch die Übernahme durch Investoren aus dem Ort gesteuert worden. Die Stadt be-



Erwitte ist jetzt Fairtrade-Stadt: Das Siegel übergab Marco da Costa Melo (Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung Hominy, z.V.l.) an die Steuerungsgruppe mit Heimitz Baumwälder (vorne r.) und Bürgermeister Wessel.

hält ihren Anteil von 5,1 Prozent „und damit die Pflicht, das Heilbad zu stärken“, bekräftigte der Bürgermeister. Der Heilbadstatus stellt die Einhaltung und Weiterentwicklung der Arbeit an die richtige Wende müsse. Wessel: „Dieses Ziel hat für Bad Westermünde oberste Priorität, dem müssen sich andere lokale Wünsche unterordnen.“

Die Stadt Erwitte ist Fairtrade-Stadt.

gebührgelohnt gehört“, so Wessel. „Lassen Sie uns mutig in das neue Jahr gehen“, rief der Bürgermeister den Gästen zu. Sein Dank galt den ehrenamtlichen Helfern in der Stadt, die sich in gemeinnützigen Organisationen oder der Bluthilfeschiffle engagieren – ebenso der Feuerwehr, DRK, BDRG und allen ande-

Vor Schaden einer Ostumgehung bewahren.

Europäische Peter Wessel: Alle Vorbedachte, dass Erwitte und Bad Westermünde nicht zusammenpassen, seien „Lyrik und kalte Asche von gestern“. Wenn der Rat zusätzlich die Stadt vor dem Schaden einer Ostumge-

hung bewahren wolle, dann reiche dafür „liebevollhabte Gesinnung“, sondern die Vertreter müssten konkret mit beschließen die städtische Entwicklung vorantreiben.

„Lassen Sie uns mutig in das neue Jahr gehen“, rief der Bürgermeister den Gästen zu. Sein Dank galt den ehrenamtlichen Helfern in der Stadt, die sich in gemeinnützigen Organisationen oder der Bluthilfeschiffle engagieren – ebenso der Feuerwehr, DRK, BDRG und allen ande-

Erwitte – Die weitere Stärkung des Heilbades, die Ausweisung eines neuen Baugebietes im Siedlungsschwerpunkt zwischen Erwitte und Bad Westermünde, die Verhinderung einer Ostumgehung und die Anpassung der

... den.“

Die Stadt brauche außerdem neue Wohnbauangebote, für dessen Entwicklung eine Grundsatzentscheidung müsse. Wessel warb erneut für eine Konzentration auf den Bereich zwischen Erwitte und Bad Westermünde, was in der Politik skeptisch gesehen wird. Nach genauerer Betrachtung aller zur Verfügung stehenden Flä-

Der Patriot vom 07.01.2019: „Mutig in das neue Jahr gehen“

Fortsetzung folgt

Über den Hintergrund der Angelegenheit in Erwitte-Bad Westermünde, lesen Sie in der nächsten Ausgabe des Patriot.

Zentrale Bilder in der Ausgabe auf www.westfalen.de

19. 1. 2019

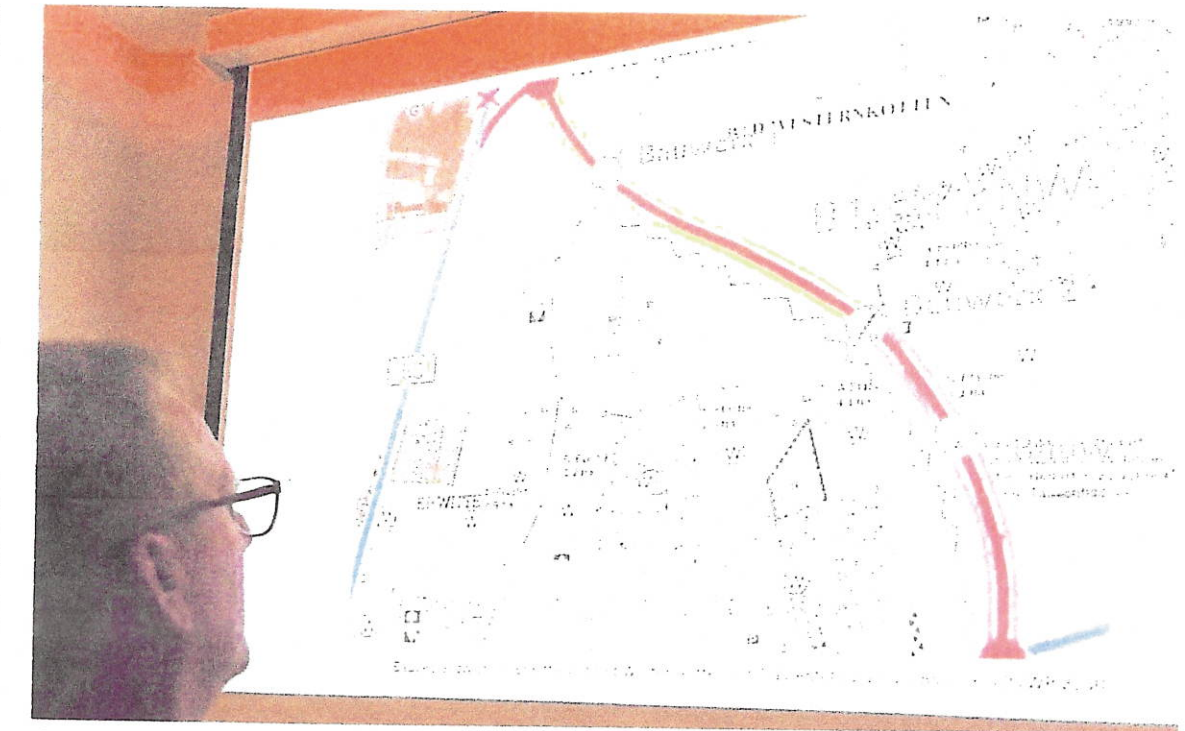
Umgehung: „Falsches Spiel“ beklagt

Harte Vorwürfe richtet die Bürgerinitiative (BI) gegen die B55n mit Blick auf die geplante Ortsumgehung in Richtung Bürgermeister Peter Wessel. Bei der Versammlung der BI in Stirpe sorgte am Donnerstag ein offenbar nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Plan für Aufsehen, den Vorsitzender Georg Knoop präsentierte.

VON KARIN SCHLÜTER

Stirpe – Nach Ansicht der Bürgerinitiative (BI) gegen die B55n werde in Bezug auf eine mögliche Ortsumgehung westlich von Stirpe und Weckinghausen seit Jahren ein falsches Spiel gespielt. Wie Vorsitzender Georg Knoop in der Versammlung anhand von Zeitungsbelegen aufzeigte, sei es so, dass Bürgermeister Peter Wessel einen wechselnden Standpunkt zur Ortsumgehung und möglichen Baugebieten habe. Zur Unterstützung dieser These sammelte der Stirper unterschiedliche Zitate dazu aus den vergangenen Jahren. In seinen Augen informiere der Bürgermeister entweder gar nicht oder gebe falsche Dinge weiter. Noch dazu diffamiere er Menschen, die in der Bürgergemeinschaft Erwitte aktiv seien und sich in der Bürgerinitiative Stirpe engagieren.

Der pensionierte Polizeibeamte Knoop präsentierte einen nach seinen Informationen nicht öffentlichen Plan, der neue Baugebiete zwischen Erwitte und Bad Westernkotten aufzeigt und eine östliche Ortsumgehung mit einbezieht. Dieser stamme vom Bürgermeister, so



Einen offenbar nicht öffentlichen Plan legte Georg Knoop der BI-Versammlung vor. Dieser zeigt neue Baugebiete zwischen Erwitte und Bad Westernkotten und bezieht eine östliche Ortsumgehung mit ein.

FOTO: SCHLÜTER

Knoop, und zeigt, dass die Stadt Erwitte und der Ortsteil Bad Westernkotten sich allein durch die Bebauung der Flächen so annähern würden, dass die Orte in Zukunft direkt ineinander übergehen. Die Quelle dieses unveröffentlichten Flächennutzungsplans will Georg Knoop nach eigenen Angaben nicht preisgeben, um seinen Informanten zu schützen.

Laut der anonymen Quelle sei es nun auch so, dass die westliche Ortsumgehung als Alternative zur östlichen hinter verschlossenen Türen von der Politik wieder ins Spiel gebracht wurde. „Es scheint, dass die Westumgehung präferiert wird“, glaubt Knoop. Diese führt eben nicht durch

die neuen Baugebiete, die offiziell noch nicht geplant sind, und könnte somit verhindern, dass deren Wert durch eine stark befahrene Straße sinkt.

Aber: „Aus meiner Sicht be-

steht keine Chance, den Bau der Umgehung westlich von Stirpe und Weckinghausen zu realisieren“, so der Vorsitzende der Bürgerinitiative. Mit dem Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkot-

ten solle die Ostumgehung verhindert werden. Er rechnet damit, dass 2025 der Planfeststellungsbeschluss steht. „Wenn es uns betrifft, werden wir klagen“, steht für ihn fest. Es gebe nur ein Problem: „Wir werden immer älter.“

Angesprochen auf die vorgelegten Planentwürfe des Baugebiets und die anderen Angriffe aus der Sitzung, wollte sich Bürgermeister Peter Wessel nicht äußern. Er möchte sich zunächst genau informieren, was ihm vorgeworfen wird und dann gegebenenfalls Stellung beziehen. Ein Gesprächsangebot seitens der BI, bedauerte der Bürgermeister, habe es im Vorfeld nicht gegeben.

Georg Knoop bleibt BI-Vorsitzender

BI-Vorsitzender Georg Knoop genießt weiter das Vertrauen der Initiative. Er wurde in der Jahreshauptversammlung als Vorsitzender bestätigt. Genau wie Geschäftsführerin Edeltraut Dietz, Martin Reimann und Andreas Weiß. Neu im Vorstand ist Walter Berndt, der Matthias Heidebauer ablöst, der sich nicht erneut zur Wahl gestellt hatte. Sieben der acht Beisitzer wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt: Hubertus Buschkühle, Heinrich Heiming, Dieter Hovemann, Franz Knoop, Stefan Löbbing, Ralf Lohoff und Andreas Öffler. Neu hinzu kam Ulf Hohlbein, der Helmut Biernatzki ablöst. Kassenprüfer sind Winfried Bohrmann und Eckhard Dietrich. Als Reserveprüfer hält sich Georg Heidebauer bereit.

„Verschwörungsfantasien“

Der Patriot
So. 1. 25.1. 2019



Die Auseinandersetzung geht weiter zwischen Bürgermeister Peter Wessel (r.) und dem BI-Vorsitzenden Georg Knoop.

habe selbst vor „etlichen Jahren“ unter dem Vorwand, „dort gibt es ja keine Schutzgebiete“, eine Ostumgehung zwischen der Erwitte und Bad Westernkotten vorgeschlagen. „Wenn der Bereich tatsächlich wenig naturschutzrechtliche Hürden für eine Straße hat, dann gilt das erst recht für die Entwicklung eines ruhigen, großen Baugebietes mit einem Kindergarten für junge Familien zwischen den beiden Siedlungsschwerpunkten der Stadt.“ Der Rat soll aus Sicht des Bürgermeisters die nachhaltigen Entwicklungs- und Wachstumsmöglichkeiten umsetzen.

„Die vom Vorsitzenden der BI laufend wiederholten Verschwörungsfantasien werden das nicht verhindern“, schließt Wessel seine Stellungnahme. Die Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister auf der einen und Georg Knoop mit der BI auf der anderen Seite wird damit um ein weiteres Kapitel reicher.

Ein „falsches Spiel“ hatte Vorsitzender Georg Knoop bei der Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative gegen den Bau der B 55n westlich von Stirpe und Weckinghausen Bürgermeister Peter Wessel hinsichtlich der Ortsumgebung vorgeworfen (wir berichteten). Nun reagiert der Erwitter Verwaltungschef auf die Attacken und schießt zurück. Auch rechtliche Schritte schließt er nicht aus.

„tun des Stadtrates sei klar, „der Bau einer Ostumgehung zwischen den Ortsteilen Erwitte und Bad Westernkotten ist die auch städtebaulich schlechteste aller vorstellbaren Varianten und soll verhindert werden.“

Er als Bürgermeister habe nach der Gemeindeordnung den Auftrag, die Beschlüsse des Rates umzusetzen – „an diese Pflicht halte ich mich“, bekräftigt Wessel. Er betreibe auch kein falsches Spiel und habe beim Neujahrsempfang sehr ausführlich zu den Potenzialen eines neuen Baugebietes zwischen den Ortsteilen Erwitte und Bad Westernkotten gesprochen. Die endgültige Entscheidung treffe der Rat der Stadt, „aber ich plädiere für eine solche Entwicklung“.

„... dann müsste der Vorwurf der Anstiftung geprüft werden.“

Peter Wessel bringt rechtliche Schritte ins Spiel.

Dabei müssten die beiden Siedlungsschwerpunkte auch in den nächsten Jahrzehnten noch Wachstumschancen haben. Städtebaulich sei dies langfristig nur zwischen Erwitte und Bad Westernkotten möglich. Die BI Stirpe hätte bei einem Besuch des Neujahrsempfanges erlebt, dass solche Gedanken nicht geheim, sondern sehr offen diskutiert würden.

Wessel: „Wir brauchen in Erwitte keine Betroffenheitsrhetorik mit hilflosen Resolutionen, sondern klare Beschlüsse für die Zukunft der

Stadt und gegen schädliche Planungen.“

Knoop hatte in der BI-Versammlung einen nach seiner Aussage bislang unveröffentlichten Planentwurf vorgelegt. Der Bürgermeister dazu: „Diese Aussage löst bei mir Kopfschütteln aus, denn Bauleitpläne wie Flächenutzungspläne oder Bebauungspläne müssen in öffentlichen Sitzungen beraten und beschlossen werden.“

„Erstaunlich“ sei in diesem Zusammenhang, dass Knoop seine Quelle nicht preisgeben wolle, um seinen Informanten zu schützen. Juristische Schritte schloss Wessel diesbezüglich nicht aus: „Sollte es sich um rechtswidrige Akte von Informationsbeschaffung vertraulicher Daten handeln, müsste der Vorwurf der Anstiftung geprüft werden.“

„Natürlich“, so der Bürgermeister, werde im Rathaus überlegt, in welchen Bereichen in Erwitte und Bad Westernkotten Wohnbauflächen ausgewiesen werden können. Diese Überlegungen seien den Ratsmitgliedern bekannt. Bevor jedoch die Konzepte konkretisiert würden und in ein Bauleitplanverfahren münden, müsse der Rat entscheiden, ob er diesen Weg gehen oder etwa in anderen Bereichen von Erwitte und Bad Westernkotten Flächen ausweisen wolle.

„Der auf dem Pressefoto gezeigte Plan der BI mit Ostumgehung und gleichzeitigen Wohnbauflächen ist auch für mich neu. Vielleicht werden wir ja irgendwann gewahr, wer diesen Entwurf erstellt hat. Dazu betone ich nachdrücklich, dass die Stadt kei-

ne Pläne für eine, wo auch immer verlaufende Umgehungsstraße erstellt. Das ist nicht unsere Aufgabe und das können wir auch fachlich nicht leisten“, bezieht Wessel zu den in der BI-Sitzung präsentierten Plänen Stellung.

„Baugebiete könnten Prüfsteine für die Kommunalwahl werden.“

Der Bürgermeister über den Stellenwert der Wohnbauentwicklung.

Seit Jahren sei es kein Geheimnis, dass er und der Rat der Stadt die Westumgehung präferierten, denn diese entlaste nicht nur die Kernstadt und die Hauptstraße in Stirpe vom Verkehr, sondern habe eine regionale Bedeutung.

Wessel: „Ich plädiere für ein Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkotten mit einer nachhaltigen Planungssicherheit für ein Wachstum für die nächsten Jahrzehnte. Dies ist allemal besser als die widersinnige Zerschneidung des Erwitter Bruches durch eine Bundesstraße mit zweifelhaften Entlastungseffekten zwischen den beiden am dichtesten besiedelten Bereichen der Stadt und einer Gefährdung der Reha-Kliniken in unserem Heilbad.“

Die Wohnbauentwicklung sei ein zentrales Thema: „Gute und zukunftsfähige Baugebiete könnten Prüfsteine für die nächste Kommunalwahl werden, das wissen die Parteien“, so Wessel. Die BI Stirpe

BG ist nicht BI

Die Versammlung der BI in Stirpe hat für reichlich Wirbel gesorgt – und Lothar Strauch, Fraktionsvorsitzenden der BG Erwitte, verärgert. Auslöser war ein Zitat im Patriot-Bericht. BI-Vorsitzender Georg Knoop hatte demnach Bürgermeister Peter Wessel vorgeworfen, dass er Menschen diffamiere, die, so wörtlich, „in der Bürgergemeinschaft Erwitte aktiv sind und sich in der Bürgerinitiative Stirpe engagieren“. Beim Begriff „Bürgergemeinschaft“ könnte man darauf schließen, dass die BG gemeint ist. Ob der Satz genau so gefallen ist oder nicht, lässt sich nicht mehr eindeutig klären. Lothar Strauch stellt allerdings klar, dass sich seine BG-Fraktion nicht vom Bürgermeister diffamiert fühlt. Und er weist ausdrücklich eine Nähe zur Bürgerinitiative zurück: „Die BG ist nicht das Sprachrohr oder der verlängerte Arm der BI Stirpe.“ Seine Fraktion habe, wie andere auch, gelegentlich gemeinsame, aber auch unterschiedliche Positionen wie die BI Stirpe. „Aufgrund der Namensähnlichkeit kommt ja auch kein Fußballfan auf die Idee, den VfL Bochum als den verlängerten Arm des VfB Stuttgart zu bezeichnen, oder?“, gibt Strauch zu bedenken. bt

ORN THEIS

Erwitte – „Bei näherer Prüfung erweist sich seine inszenierte Aufregung nur als Theaterdonner“, kontert Peter Wessel die neuerlichen Angriffe von Georg Knoop und der BI. Die Vorwürfe, der Bürgermeister informiere entweder gar nicht oder gebe falsche Dinge weiter, „ist absurd und absolut haltlos.“ Es gebe keine Geheimgespräche, „denn Ratsmitglieder und Abgeordnete waren ja zum Teil bei den Terminen im Verkehrsministerium anwesend und wissen, was dort gesprochen wurde“, so Wessel.

Dagegen habe die BI Stirpe seit Veröffentlichung des Bundesverkehrswegeplans keine Gespräche mehr mit ihm geführt. „Statt eines Dialogs“, meint Wessel, „zieht der Vorsitzende der BI uralte Vorwürfe aus der Mottenkiste. Vielleicht befriedigt das Vorurteile, hilft aber keiner sachlichen Lösung.“ Die Hal-

4.6.2019

Großes Baugebiet findet Mehrheit

Kontroverse Diskussion im Stadtrat

VON BJÖRN THEIS

Erwitte – Ein wegweisende Entscheidung für die Entwicklung von Wohnbauflächen hat der Rat der Stadt Erwitte in seiner Sitzung am Donnerstagabend getroffen – für ein großes Baugebiet zwischen Erwitte und Bad Westernkotten. Der am Ende deutlichen Zustimmung war allerdings eine Hängepartie mit langer Diskussion unter den Ratsmitgliedern vorausgegangen, die sich zwischen Befürwortung, Ablehnung und einem Kompromiss bewegte. Der Kompromiss wurde es letztendlich. Die Verwaltung wurde beauftragt, die bauplanungsrechtlichen Maßnahmen für das Baugebiet östlich der Westernkötter Straße zu starten. Parallel – und nur das war wohl die Voraussetzung dafür, dass der Großteil der CDU-Fraktion zustimmte – soll die Entwicklung anderer vorhandener Wohnbauflächen vorangetrieben werden, um vorhandene Baulücken zu schließen. Bürgermeister Peter Wessel, der das Baugebiet zwischen den beiden Siedlungsschwerpunkten gemeinsam mit der Verwaltung verwirklicht sehen will, erinnerte in seinen einleitenden Worten noch einmal daran, dass außer in diesem Bereich derzeit keine andere Möglichkeit für ein großes Baugebiet in der Stadt bestehe. Ressentiments gegen das Zusammenwachsen von Kernstadt und Kurort seien „Lyrik von Gestern“. Dass die Ausweisung da nur logisch sein kann, wollte Ralf Linnebur, Leiter Fachbereich Stadtentwicklung der Verwaltung, mit seiner Präsentation unterstreichen. Demnach besteht nach Berücksichtigung aller Ausschlussfaktoren nur östlich der Westernkötter Straße die Möglichkeit für Großes. Kleinere Restpotentiale für Bauland zeigte er unter anderen an der Antoniusstraße in Bad Westernkotten, Im Schiebekämpfer Feld und am Wemberweg in Erwitte auf.

Torsten Blöming (CDU): Erst Baulücken schließen

Bert Wieneke (CDU) wollte der Präsentation so keinen Glauben schenken: „Ich sehe andere Entwicklungsmöglichkeiten“. Den vorgenommenen Ausschluss einzelner Fläche könne er nicht nachvollziehen. Fraktionsvorsitzender Wolfgang Marcus warb dagegen im Namen der SPD eindringlich für das große Baugebiet: „Wir wollen wachsen.“ Der Bedarf so vieler junger Familien könne aktuell nicht gedeckt werden. „Wir wären doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir jetzt kein klares Signal nach Düsseldorf senden.“ Denn, das wurde auch bekannt: In der kommenden Woche findet dort ein Gespräch zwischen der DEGES und der Verwaltungsspitze zum Planungsstand der Ortsumgebung statt. Ein Baugebiet in Bad Westernkotten könnte das Aus der von Politik und Verwaltung sowieso mehrheitlich abgelehnten Ost-Umgehung bedeuten. Den Standpunkt der FDP machte Fraktionsvorsitzender Christof Rasche klar: „Der Bedarf ist da – jetzt.“ Zudem sei der Wohnwert in diesem Bereich hoch. Ihr Veto erneuerte die BG-Fraktion: Die Pläne der Verwaltung seien „unsausgegoren“, zu viele Fragen blieben offen, meinte Fraktionsvorsitzender Lothar Strauch. CDU-Fraktionschef Torsten Blöming gehörte in seinen Reihen zu denen, die gegen das große Baugebiet stimmten. Ihm gefällt die Priorisierung nicht: „Unser erster Fokus liegt nicht auf der Westernkötter Straße.“ Stattdessen sollten erstmal Baulücken geschlossen werden und die Entwicklung der Kernstadt vorangetrieben werden. Denn auch hier würden Leerstände in Häusern drohen.

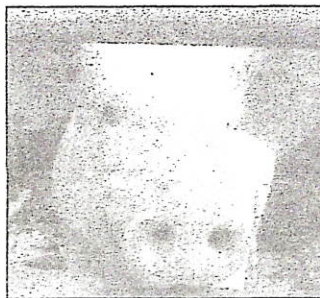
Nach intensiver Diskussion fiel die Grundsatzentscheidung für das großflächige Baugebiet aus, inklusive des kurzfristig hinzugefügten Zusatzes, sich auch um die Lücken zu bemühen. SPD und FDP votierten geschlossen dafür, die BG-Fraktion und insgesamt drei CDU-Mitglieder lehnten es ab, zwei Ratsmitglieder aus Reihen der CDU enthielten sich. Ein Bericht zu weiteren Themen der Sitzung folgt.

"Der Patriot" - 28.11.2017

Landwirt will Mastplätze erhöhen

Neuer Stall mit 1124 Schweinen

ERWITTE □ Einen neuen Schweinemaststall mit 1124 Plätzen möchte ein Erwitter Landwirt nördlich seines bestehenden Betriebs an der Westernkötter Straße bauen lassen. Darüber hat Peter Wessel die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BG in der Ratssitzung informiert. Die BI Störpe befürchtet, dass der Stall in den Bereich der möglichen Ostumgebung B 55n fällt. ⇒ Erwitte



Seinen Schweinestall möchte ein Landwirt erweitern.

Platz für knapp 2000 Schweine

ERWITTE □ Einen neuen Schweinemaststall für 1124 Tiere möchte ein Erwitter Landwirt nördlich seines Hofes an der Westernkötter Straße bauen. Insgesamt soll auf seinem Hof dann Platz für knapp 2000 Schweine sein. Ebenso ist der Bau eines Güllehochbehälters in Planung. In die politische Entscheidung gehen die Vorhaben in dieser Woche. Und da es sich um den Außenbereich handelt und ein landwirtschaftlicher Betrieb erweitert werden soll, ist das Projekt prinzipiell zulässig. Im Detail berichten wir diese Woche über das Vorhaben.

Mehr Schweine im neuen Stall

Landwirt will Mastplätze um 1124 erhöhen. Güllehochbehälter geplant

ERWITTE □ Einen neuen Schweinemaststall mit 1124 Plätzen möchte ein Erwitter Landwirt nördlich seines bestehenden Betriebs an der Westernkötter Straße bauen lassen. Darüber hat Bürgermeister Peter Wessel die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BG in der jüngsten Ratssitzung informiert. Ebenso ist in Planung; einen Güllehochbehälter zu errichten.

Wie der städtische Aufgabenbereichsleiter Stadtplanung, Lothar Schütte, auf Nachfrage erläutert, bedeutet dies nicht, dass die Gesamtzahl der Mastplätze um 1124 Plätze erhöht wird. Vielmehr sei eine innerbetriebliche Verlagerung vorgesehen, so dass die Zahl der Tiere von derzeit 1068 auf künftig insgesamt 1997 steigen soll.

„Planungsrechtlich befinden wir uns dort im Außen-

bereich. Da es sich eindeutig um einen landwirtschaftlichen Betrieb handelt, ist die Erweiterung prinzipiell zulässig. Es muss kein Bebauungsplan aufgestellt werden, sofern das Vorhaben nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Das ist der Fall“, erläutert Schütte die Ausgangslage. Erschlossen werden soll der neu geplante Bereich über die Westernkötter Straße und den angrenzenden Bruchweg.

Die Stadt sei zu dem Vorhaben um die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gebeten. „Dieser Bitte werden wir aller Voraussicht nach auch nachkommen“, so der Aufgabenbereichsleiter weiter. Genehmigende Behörde für das Bauvorhaben sei der Kreis Soest. Dort werde ein für dieses Vorhaben zwingend notwendiges Immissions-

Ostumgehung

Bei der Jahreshauptversammlung der BI Stirpe (wir berichteten) spekulierte der erste Vorsitzende Georg Knoop bereits über den Bau des Schweinemaststalls. Er befürchtete, dass der Stall in den Bereich der möglichen Ostumgehung B 55n fällt. Darüber hinaus gab es Spekulationen über zwei neue Baugebiete, die ebenfalls in diesen Bereich fallen sollten. Siehe Artikel an anderer Stelle dieser Lokalseite.

gutachten geprüft, ebenso beim Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (Lanuv).

Eine Bedingung für eine Genehmigung des Bauvorhabens ist Lothar Schütte zufolge allerdings, dass auf einem anderen landwirt-

schaftlichen Betrieb in Erwitte die Tierhaltung aufgegeben wird, da ansonsten Immissionswerte in den Erwitter und Bad Westernkötter Siedlungsbereichen ir Gänze klar überschritten würden. Dies sei zugesichert über einen landwirtschaftlichen Betrieb, der dem Betrieb an der Westernkötter Straße verbunden sei. Ebenso sei vorgesehen, die Abluftkamme in den bestehenden Ställen zu erhöhen und die Abluft im neuen Stall entsprechend hoch einzuplanen. Für den neuen Güllebehälter sollen die Emissionen durch eine Abdeckung gemindert werden.

Ein Beschluss über das gemeindliche Einvernehmen soll im Planungs- und Gestaltungsausschuss erfolgen, der am heutigen Dienstag um 18 Uhr im Rathaus-Sitzungssaal tagt. □ bw

Landwirt ist das Zünglein an der Waage

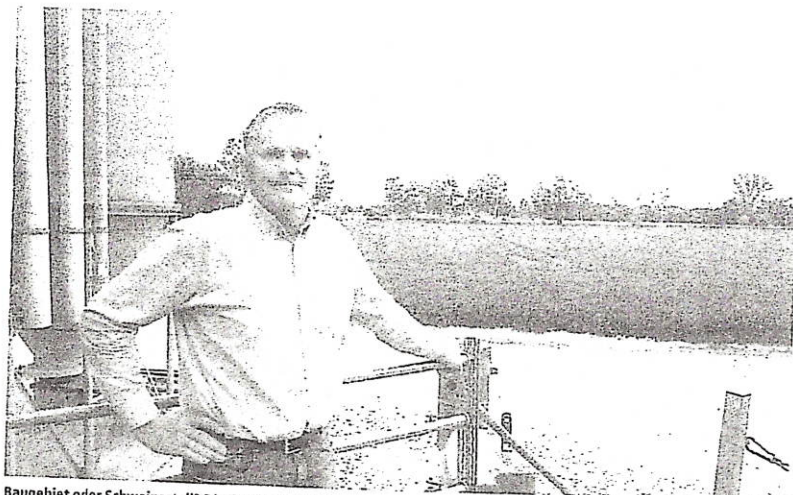
Über ihn wird viel gesprochen, nur er selbst hat sich bislang mit öffentlichen Aussagen zurückgehalten. Christian Müller-Moneke ist jener Landwirt, dessen Schweinestall womöglich das große geplante Baugelände zwischen Erwitte und Bad Westerkotten sowie die diskutierte Trasse der Ostumgehung verhindern könnte. Nun bezieht er erstmals Stellung zu seiner ungewollten Rolle als Zünglein an der Waage.

VON BIÖRN THEIS

Erwitte – Der Landwirt möchte seinen Schweinemastbetrieb an der Westerkötter Straße erweitern und steht auf jener Fläche den Großprojekten Ostumgehung und Baugelände im Weg. Von seiner Entscheidung hängt nicht weniger als die künftige Entwicklung Erwittes ab. Seit etwa sechs Jahren, erricht Müller-Moneke, plane den Bau eines neuen Schweinestalls, um den Bestand auf dann 1998 Tiere zu vergrößern. Das Grundstück, welches er dafür vorgesehen hat, ist in seinem Besitz und verläuft parallel zum bestehenden Stall Richtung Bad Westerkotten.

„Ein Schweinestall hat noch keine Straße verhindert“, hat Bürgermeister Peter Wessel in der Vergangenheit immer wieder betont. Und diese These als Argument für die Ausweisung eines Baugeländes genutzt. Heißt übersetzt: Wenn das Baugelände auf der Fläche an der Westerkötter Straße realisiert wird, könnte das quasi als Nebeneffekt gleichzeitig das Aus der von Politik und Verwaltung abgelehnten Ostumgehung bedeuten. Der Betrieb allein reiche dafür nicht aus, so der Gedanke des Bürgermeisters.

Müller-Moneke findet auch, dass sein Stall nicht die Umgehung verhindern würde. Ihm, als Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Bi-



Baugebiet oder Schweinestall? Die Entscheidung darüber, wie die an den Betrieb von Christian Müller-Moneke angrenzende Fläche im Hintergrund künftig genutzt wird, ist für die Stadt Erwitte von großer Bedeutung.

go – für die Westumgehung gegen die Ostumgehung – sei genau dieser Vorwurf gemacht worden, den Stall dort nur bauen zu wollen, um der Ostumgehung den Garau zu machen. Das weiß der 51-Jährige, der die sachliche und ruhige Arbeit der Bigor schätzt, entschieden zurück: „Eine Planung für diese Trasse gab es damals noch gar nicht.“ Was nichts daran ändert, dass er die Ostumgehung bei Bad Westerkotten ablehnt: „Viele Leute denken, damit wären die Verkehrsprobleme gelöst. Sie würde aber nichts bringen.“ ist sein Standpunkt.

Die Politik hat nun mehrheitlich grünes Licht für die Planungen des großen Baugeländes an der Westerkötter Straße gegeben. Die Verhandlungen zwischen der Stadt und Müller-Moneke über eine Alternativfläche für die Erweiterung laufen. Ralf Linnebur, Leiter Fachbereich Stadtentwicklung in der Verwal-

ten, gibt Müller-Moneke zu bedenken: „Die Zeit der kurzen Wege wäre vorbei, ich hätte mit einem Stall im Außenbereich definitiv mehr Arbeit. Dieses Privileg würde ich dafür aufgeben.“

Es geht um viel, für die Stadt und für seinen Betrieb, deshalb ist er froh über die bislang sachliche Diskussion und die fairen Gespräche mit der Stadt. Nur einmal hat er sich geärgert, als von Seiten einer Fraktion in der letzten Ratssitzung die Vermutung geäußert wurde, er würde nur um möglichst viel Geld in den Verhandlungen pokern. „Es können doch alle froh sein, dass ich mir die Zeit zur Entscheidung nehme“, sagt er dazu und betont, bislang immer ehrlich und mit offenen Karten gespielt zu haben.

Da ist viel Druck auf dem Kessel.

Christian Müller-Moneke über die Entscheidungsfindung.

„Da ist viel Druck auf dem Kessel“, gibt Müller-Moneke zu – und der lastet auf ihm sowie der Stadt. Er zeigt sich offen bei der Suche nach einem Alternativstandort. Das Problem ist, dass noch keine geeignete Fläche im Außenbereich der Stadt gefunden werden konnte. Der Vogelschutz würde das auf vielen Flächen ausschließen, so der Landwirt.

Die Position der Stadt kann er nachvollziehen und gibt sich daher auch verhandlungsbereit: „Das Baugelände zwischen Erwitte und Bad Westerkotten wäre die Lösung für die nächsten 40 Jahre, deshalb höre ich mir das an und kann mir eventuell auch vorstellen auszuweichen.“

Wenn er misspielt, würde das für ihn Nachteile bede-

Die geplante Erweiterung steht er als Maßnahme, um die Zukunft seines landwirtschaftlichen Betriebes zu sichern: „Stand jetzt kann ich das nur bei mir hinterm Haus machen.“

In welche Richtung er tendiert, kann Müller-Moneke nicht sagen, wie er beteuert: „Wenn ein Standort gefunden ist, werden die Gedanken

Wenn der Standort gefunden ist, gehen die Gedanken los.

Der Landwirt hat noch keine Entscheidung getroffen, am bestehenden Betrieb zu bauen oder woanders.

darüber losgehen.“ Bislang sei allerdings eine Lösung noch nicht in Sicht.

Bis Ende des Jahres hofft der Landwirt, dass eine Entscheidung fällt. Klarheit wünscht er sich alleine schon deshalb, um sich nicht ständig Gedanken über diese Frage machen zu müssen. Denn sich in einem solchen Spannungsfeld zu befinden, entscheidender Faktor bei der Entwicklung Erwittes zu sein und gleichzeitig an die Zukunft der eigenen Existenz denken zu müssen, „das lässt auch mich nicht kalt“, gibt Müller-Moneke unumwunden zu.

ERWITTE HEUTE

Samstag, 11. Mai
Modellflug-Sport-Club (MSC) Erwitte: ab 14 Uhr Saisonöffnung auf dem Fluggelände in der Ekeloher Mark.
SGV-Abteilung Erwitte: 13.30 Uhr Radtour ins Münsterland, Treffpunkt am Marktplatz.
Handwerker-Schützenfest Erwitte: 19.30 Uhr Großer Zapfenstreich auf dem Marktplatz; 20.30 Uhr Großer Festball mit der Partyband „Just4Fun“, Hellweghalle.
Vikl Anröchte-Erwitte: 10.30 Uhr Abfahrt zum Spargelessen in Delbrück, Böllhofhaus.

Sonntag, 12. Mai
Pfadfinder Bad Westerkotten: ab 9.30 Uhr Salinenkirmes in Kurpark.
Handwerker-Schützenfest Erwitte: 15 Uhr Großer Festakt auf dem Marktplatz; 20 Uhr Großer Festball mit DJ Ralfi; 22 Uhr Holdaidentanz, jazz. Hellweghalle.

NOTDIENSTE

Notdienste der Ärzte, Fachärzte und Zahnärzte sowie Notrufnummern an diesem Wochenende: Siehe Sonderseite „Gesundheits-Notdienste“ an anderer Stelle dieser Ausgabe.

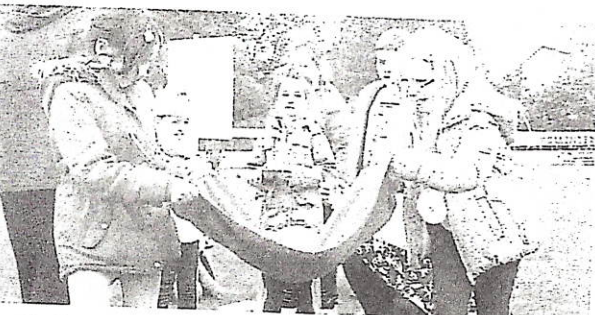
KURZ UND AKTUELL

Kurzprogramm:
Samstag, 11. Mai: 7.45 Uhr Lauftreff für Fortgeschrittene, vor der Kuhalle; 14.30 Uhr Führung durch die Schäferkämpfer Wassermühle.
Sonntag, 12. Mai: ab 9.30 Uhr Salinenkirmes im Kurpark.
Hellweg-Sole-Theatrum: 9 bis 22 Uhr geöffnet; Saunabereich 9 bis 22 Uhr geöffnet; für Damen und Herren, am Sonntag schließen Theatralad und Sauna um 21 Uhr, Wassergymnastik Samstag um 10.30 Uhr.

Müller-Moneke beklagt Stall-Attacken und pauschales Anprangern

Ergebnisse der letzten Tage, als in Schweineställen in Strömede und Bad Westerkotten von unbeteiligten Personen jeweils mitwillig die für lebenswichtige Lüftung abgestellt wurde, schärfen auch Christian Müller-Moneke: „Das verunsichert einen als Landwirt natürlich.“ Er selbst hält rund 1200 Schweine. Allgemein beklagt er, dass seine Zunft mit Blick auf die Tierhaltung aktuell pauschal immer wieder angeprangert werde. Für ihn unverständlich: „Die Schweine haben Platz, Licht, sind sauber und für-

ten sich pudelwohl“, sagt er für sich und auch seine Kollegen. Zur Aufklärung hätten die Landwirte nur eine Chance, indem sie ihre Tore aufmachen. Die Frischluft-Anlage in seinem Stall ist eine Kombination aus Heizung und Lüftung: „Die Steuerung ist so angepasst, dass die Schweine mottig liegen.“ Frischluft werde über die Unterdruckanlage in den Stall hineingesaugt und sorgt für Zirkulation. Fällt die Lüftung aus, erfolge ein Alarm über das Handy. Mehr zum Thema lesen Sie an anderer Stelle des Lokalteils. » GESEKE



Kinder zeigen vollen Einsatz beim Spiel- und Sportfest

Zahlreiche Stationen waren jetzt beim gemeinsamen Spiel- und Sportfest von Kindergarten des Heilbades und der Astrid-Lindgren-Grundschule auf dem Sportplatz in Bad Westerkotten zu absolvieren. Die Erstklassler und angehenden Schulkinder gaben ihr Bestes beim Becherstapeln, Sackhüpfen, Getränkekrise Rennen, Luftballonlauf und an-

deren Disziplinen. Der Spaß stand dabei im Vordergrund, auch wenn die Mädchen und Jungen Punkte sammeln konnten. Das Sportfest findet jedes Jahr statt und dient als erstes Kennenlernen der Kinder aus den Einrichtungen Abenteuerland, Regenbogen- sowie Elisabeth-Kindergarten mit den Grundschulern.

FOTO: T-HEIS

Anzeige

Erlebe, was dein Zuhause kann – dank innogy Haustechnik: Fenster- und Türsensoren verraten dir auch unterwegs, ob alles fest verschlossen ist. Smarte Rauchmelder schlagen bei Bedarf sogar auf deinem Smartphone Alarm – und der Bewegungsmelder für Innenräume informiert dich über alle Geschehnisse in deinem Zuhause. Alle Komponenten erhältst du gebündelt in unserem SmartHome Sicherheitspaket. So hast du dein Zuhause im Griff wie noch nie. Mehr Infos unter innogy.com/smarthomeangebot

innogy

WEITERS
JETZT BEI
SATURN

Weitere SmartHome Produkte von Innogy.



Im Sinne des Naturschutzes

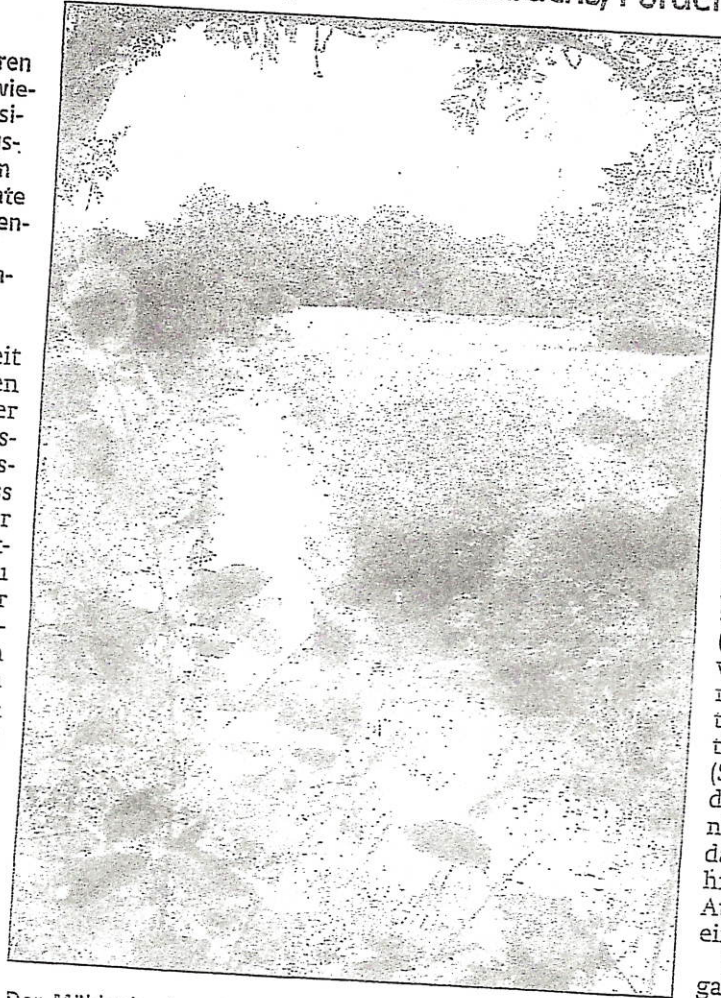
Wichtiger Schritt zur Renaturierung des Mühlenbachs, Förderquote von 80 Prozent

Von Björn Winkelmann

ERWITTE ■ Seit vielen Jahren kommt das Thema immer wieder in die politische Diskussion. Doch mit einer richtungsweisenden Entscheidung am vergangenen Dienstag könnte die Renaturierung des Mühlenbachs zwischen Erwitte und Bad Westernkotten sehr konkrete Formen annehmen.

Um die Angelegenheit möglichst zügig auf den Weg zu bringen, tagten der Umwelt- und Verkehrsausschuss sowie der Planungs- und Gestaltungsausschuss gemeinsam. Denn jedes der Gremien hatte wichtige Entscheidungen in der Sache zu treffen. Bürgermeister Peter Wessel skizzierte das Vorhaben näher. So habe sich die Politik bereits vor sieben Jahren mit dem Thema beschäftigt. „2010 stand das Ziel einer Vergrößerung des Kurparks in den Bruch hinein im Mittelpunkt“, erinnerte Wessel. Doch viele Eigentümer weigerten sich, Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Die Ausgangslage sei nun eine andere: Seit Jahren ist die Stadt angehalten, im Bereich des Mühlenbachs ein Regenüberlaufbecken zu bauen – zum Schutz vor Starkregen. Dieses aber schlägt laut Kalkulation des Abwasserwerks mit rund einer Million Euro zu Buche. „Eine Alternative ist daher, über eine Renaturierung des Mühlenbachs eine ausreichend große Retentionsfläche zu schaffen und zugleich im Sinne der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie die Wasserqualität zu verbessern“, so der Bürgermeister.



Der Mühlenbach zwischen Erwitte und Bad Westernkotten ist größtenteils begradigt. Das soll sich ändern. ■ Foto: Winkelmann

Er verwies auf umfassende Gespräche und Planungen der Stadtverwaltung vor den Sommerferien auf Grundlage der Planungen des Fachbüros Bölte aus dem Jahr 2010. Maßgeblich involviert sei auch der Wasserverband Obere Lippe (WOL) mit Geschäftsführer Volker Karthaus.

Besonders attraktiv, so Wessel, werde ein solches Projekt mit Blick auf die mögliche Förderkulisse. 80

Prozent Fördermittel sind demnach zu erwarten – so wie zuletzt in Horn und in Stirpe. Die übrigen 20 Prozent würden sich die Stadt und der WOL teilen. „Gleichzeitig würde eine Renaturierung einen Riegel vor eine Ostumgehung schieben, der unüberwindbar ist“, stellte der Bürgermeister fest. Als nächster Schritt müsse ein Antrag an den WOL gestellt werden, so dass sich der Verbandsvor-

stand damit auseinandersetzt.

Die Reaktionen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BG im Umwelt- und Verkehrsausschuss waren durchweg positiv. Martin Niehaus (SPD), zugleich Ortsvorsteher in Horn-Millinghausen, wies auf die „ausgesprochen gute Zusammenarbeit mit Volker Karthaus“ hin. Torsten Blöming (CDU) machte auf die Möglichkeit aufmerksam, sich weitere Unterstützung über die Kommunalagentur zu holen. Lars Engelmeier (FDP) bezeichnete das Vorhaben als „Chance für den gesamten Bereich“. Derweil signalisierte Lothar Strauch (BG) Zustimmung vor allem wegen des damit verbundenen Naturschutzes. Den Naturschutzgedanken bekräftigte auch Wolfgang Marcus (SPD). Aus seiner Sicht sei die Renaturierung jedoch nicht als Maßnahme gedacht, die eine Straße verhindern soll. Das Votum des Ausschusses war dann auch einstimmig positiv.

Einstimmig grünes Licht gab im direkten Anschluss auch der Planungs- und Gestaltungsausschuss. Die Fraktionen beschlossen, den bisherigen Namen des Bebauungsplans „Natur- und Kurpark Erwitte Bruch“ zu „Gewässerentwicklung und Renaturierung Erwitte Mühlenbach“ zu ändern. Ausgehend von der Flächenkulisse des noch aufzustellenden Konzeptes, dem Grundstücksverhandlungen vorausgehen, soll der Geltungsbereich des Bebauungsplans noch angepasst werden, wie Aufgabenbereichsleiter Lothar Schütte dazu erklärte.